

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreibundstr. 5

68. Jahrgang

Berlin, den 22. März 1930

Nummer 24

Weitere Verlängerung der Notstandsbeihilfe an ausgesteuerte Arbeitslose

Der Verbandsvorstand hat in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, die in Nr. 7 des „Korr.“ vom 22. Januar 1930 ausgeschriebene Notstandsbeihilfe und den dazu erforderlichen Extrabeitrag von wöchentlich 10 Pf. über den 29. März hinaus bis zum Ablauf des 2. Quartals (28. Juni 1930) zu verlängern.

Nach diesem Beschluß erhalten auch für die Zeit vom 30. März bis 28. Juni 1930 alle in der Verbands- und staatlichen Arbeitslosenunterstützung ausgesteuerten Mitglieder nach einer Leistung von

52 Beiträgen je Woche 5,— M.

150 Beiträgen je Woche 7,50 M.

500 Beiträgen je Woche 10,— M.

Alle andern Bestimmungen der in Nr. 7 des „Korr.“ veröffentlichten Bekanntmachung des Verbandsvorstandes bleiben in Kraft, insbesondere auch die über die Verpflichtung der Unterstützungsausgeber, ihrem Bezirks- bzw. Gauvorstand jeweils am Wochenschluß zu berichten, an wie viel Mitglieder sie die Notstandsbeihilfe ausbezahlt haben.

Berlin, 18. März 1930.

Der Verbandsvorstand.

Zum Tag des Buches

Der Tag des Buches, der im vorigen Jahr zum ersten Male und als Goethe-Gedenktag in Erscheinung trat, soll ständige Einrichtung werden. Man will seine Zweckbetonung gelegentlich variieren und hat für dieses Jahr besonders der Jugend seine Maßnahmen zugedacht. Auch wenn man sich klar darüber ist, daß die Ideologie dieser Veranstaltungen sich auf die sehr realen Interessen bestimmter Berufe stützt, kann man den Grundgedanken freudig zustimmen. Besonders wir Buchdrucker können es, weil eine Stebung des Bücherkonsums zugleich eine Förderung unsres Berufs, eine der Arbeitslosigkeit abträgliche Tatsache wäre. Der Zusammenhang wirtschaftlicher Erscheinungen mit dem Aufstieg oder dem Niedergang des allgemeinen Geistes- und Kulturlebens wirkt sich kaum in einem andern Gewerbe so deutlich aus wie eben hier. Vom Buchhandel, der das Risiko der Drucklegung und der Verbreitung trägt, natürlich abgesehen. Jedenfalls hat der Buchdrucker alle Ursache, den Bestrebungen, das Buch zu einem geistigen „Volksnahrungsmittel“ zu machen, nicht mit verchränkten Armen zuzusehen, sondern aktiv an ihnen mitzuwirken. Zunächst im eignen Hause. Das heißt: es genügt nicht, Bücher zu setzen und zu drucken. Eine Ergänzung ist nötig: Bücher auch selbst zu lesen. Was bei der technischen Herstellung „fliegen bleibt“, wird nur in seltenen Fällen zur Stillung des geistigen Bedarfs ausreichen. Dieser Bedarf ist freilich sehr verschieden. Es soll auch noch Buchdrucker geben, die in diesem Betrachts außerordentlich bescheiden sind. Lassalle hat einmal von der „verdammtsten Bedürfnislosigkeit“ der Arbeiter gesprochen; er hatte dabei materielle Bedürfnisse im Auge. Man kann das Wort ebenfugut auf die Abstinenz in geistigen Dingen anwenden. Und man kann ähnliche Schlüsse daraus ziehen: Die Bedürfnislosigkeit ist auch in dieser Hinsicht ein Symptom im wirtschaftlichen und politischen Fortschritt. „Kultur“ — das ist ja nichts Isoliertes, das ist kein Privatvergnügen verstiegener Geister, sondern es ist die Blume aus den Wurzeln der sozialen Verhältnisse. Kultur

ist noch mehr: es ist Wirkung und Ursache zugleich. Wirkung des Fortschritts, Ursache weiteren Fortschritts. Eine geistig trainierte Arbeiterschaft wird ihren Klassenkampf mit besseren Erfolgen führen als ein in dumpfen, unklaren Vorstellungen befangenes Proletariat. Eine durchkultivierte Volksmehrheit ist der politischen Reaktion ein unbegleiteter Gegner. Das Werden einer neuen, besseren Gesellschaftsordnung ist in hohem Grade abhängig von der kulturellen Reife der Volksschichten, die sie tragen soll.

Es gibt viele Wege zur Kultur. Aber das Buch ist ihr tätigster, ihr wirkungsvollster Vermittler. Es ist der immer bereite Sprecher, der uns zu jeder Tages- und Nachtstunde sagt, was wir wissen wollen. Ob du Sachkenntnis suchst, ob du in die Geheimnisse der Urzeit oder der Sternennwelt eindringen willst, ob du den bisherigen Weg des Menschengeschlechts verfolgst oder die ökonomischen Zusammenhänge der Vergangenheit und Gegenwart studieren möchtest — immer wartet das Buch auf dich. „Alles, was die Menschheit getan, gedacht, erlangt hat oder gewesen ist: es liegt wie in zauberartiger Erhaltung in den Blättern der Bücher aufbewahrt“, sagt Thomas Carlyle, der englische Historiker. Mit andern Worten: Bücher sind Leben. Bücher sind Spiegel. Das wechselnde Antlitz der Welt, der Menschheit, hier schaut es uns an. Kämpfe, Sehnsüchte, Leiden, Freuden und Hoffnungen längst vergangener Generationen stehen auf, lachen und weinen aus den Bogen, die weiß in die Maschine gingen und sie mit bunten Zeichen bedruckt verließen. Nach Millionen zählen die verschiedenen Bände, die seit Erfindung der Buchdruckerkunst geschrieben und gedruckt worden sind. Die jährliche Produktion Deutschlands allein bewegt sich zwischen dreißig- und vierzigtausend Werken. Darunter sind wohl Bücher, die nur für einen sehr engen Leserkreis Interesse haben und darum in niedriger Auflage herauskommen; andre verlassen dafür in Hunderttausenden von Exemplaren die Presse. Der ungeheure Einfluß des Buches auf die Geistesbildung und damit auf die ganze Gestaltung der menschlichen Verhältnisse steht also nicht nur außer Frage, er ist vielmehr in seinem gewaltigen Ausmaß auch nicht annähernd abzuschätzen. Wenn wir uns das Buch aus unserm Leben hinwegdenken, packt uns das fröstelnde Gefühl einer jammervollen Armut, spüren wir den unstillbaren Durst eines ratlosen Wanderers in der Wüste.

Das Buch ist Nahrung. Nahrung des Geistes und der Seele, Nahrung der Phantasie. Wir leben in einer „Äpoche der Sachlichkeit“. Die nüchterne Betrachtung der Dinge, die illusionslose Kaltblütigkeit herrscht besonders bei der Jugend, sagt man. Das mag in gewissen Grenzen richtig sein. Wir haben nicht umsonst den Weltkrieg hinter uns, der nicht nur riesige materielle Werte zerstört hat, sondern selbstverständlich starke und tiefgehende Wirkungen auf die Psyche des Volkes und besonders seiner heranwachsenden Generationen ausübte. Aber so ist es doch nicht, daß die „Jugend“ schlechthin ihr bestes Teil, die Phantasie, verloren hätte. Sieht man genauer zu, so entdeckt man wohl gewisse Abweichungen von der Psyche älterer Geschlechter, aber im Grunde haben nur die Objekte des Interesses gewechselt. Dieser Wechsel hängt mit dem Wechsel unsrer ökonomischen, politischen und technischen Struktur zusammen — ein leicht begreiflicher und ganz natürlicher Vorgang. Herrscherin Maschine, Flugzeug, Kino, Radio — sie spielen schon in den Spielen der Kleinsten, nehmen die Baskettlust der Größeren gefangen und füllen die Phantasie der Jünglinge mit oft phantastischen Plänen. Der Erlebnis Hunger der Jugend ist gebrochen. Wenn — was behauptet wird, aber noch nachzuweisen wäre — der Lesehunger nachgelassen hat, so liegt auch hier, wenigstens bei der städtischen Jugend, die Erklärung nahe beim Problem. Der Sport,

die Stählung und Gefunderhaltung des Körpers, zunächst einmal die wichtigste Aufgabe, nimmt von der geringen Freizeit des jungen Arbeiters seinen beträchtlichen Teil. Dagegen ist nichts zu sagen, wenn eben nicht alle andern Interessen dabei untergehen. Das ist hier und dort gewiß der Fall. Ein viel stärkerer Feind einer gesunden Geistespflege aber ist zweifellos das Kino. Nicht das Kino, in dem wir die Welt in ihren ferneren Zonen sehen, nicht die Leinwand, auf der sich wahre und lebensnahe Schicksale spiegeln, wohl aber jene „Lichtspieltheater“, die nur in ihrer Beleuchtung, aber sonst nichts mit dem Licht zu tun haben. Wo das Leben verflücht, die Tragik des Daseins verzuckert, der ernste Kampf um die Existenz in die schwindende Sphäre verlogener „Glücksfälle“ niedergebückt wird. Du brauchst nur die Tochter eines südafrikanischen Diamantenkönigs aus den Klauen eines Löwen oder eines verruchten Schwarzen zu retten und, junger Freund, du brauchst dann keine Gewerkschaft, keine Partei mehr — und was sind dir dann noch Bücher? Aber bis dir das Mädchen und der Löwe begegnen, ist es ratsam, die guten Bücher nicht zu verachten, die dir auch Ergebnisse geben — wahrere und nützlichere Ergebnisse, als es die kitschige Leinwand tut. Denn diese Ergebnisse haben einen Vorteil, der den andern abgeht: sie stärken und formen die guten Instinkte in dir; sie trüben dein geistiges Auge nicht, sie erhellen es. Du willst Abenteuer, hier sind sie. Du willst fremde Länder sehen — schlage das Buch auf. Erfindungen, Entdeckungen interessieren dich — du kannst alles haben, was du magst. Geht es dir um die seelischen Beziehungen von Mann und Weib? Das gute Buch wird dir Probleme aufzeigen, die du noch nicht geahnt hast. Die Bunttheit, die Reichhaltigkeit, die Bewegtheit des Lebens werden sich dir erst in ihrer ganzen atemberaubenden Größe offenbaren, wenn du deine Bücher entdeckt hast. Deine Bücher. Bücher, die irgendwo mit dir verwandt sind. Bücher, in denen du dich selbst wiederfindest. Die dich erschüttern, weil du dein Bild siehst — in der ruhigen Beleuchtung einer gepflegten Sprache. Denn auch dies ist von Wichtigkeit für dich: die Form. Der Inhalt eines Werkes soll dich innerlich bereichern. Tut er es nicht, so ist es kein gutes Buch. Jedes gute Buch gibt dem Leser einen seelischen Gewinn. Und — du merkst es vielleicht gar nicht — es gibt dir Sprachunterricht. Es bereichert deinen Wortschatz, es formt und bildet deinen Stil. Ein Mensch, der gute Bücher liest, schreibt anders, besser als der Ignorant, der Augen und Stirn schont. Noch mehr: in der Fülle der Gestalten und Ereignisse, die sich vor deinem geistigen Auge bewegen, entdeckst du bald die nützlichen, die guten, die wertvollen, die der menschlichen Gemeinschaft förderlichen Elemente. Du siehst auch die Egoisten, die Gewissenlosen, die Sklaven und Tyrannen, die Schädlinge der Gesellschaft. Und obwohl nicht ein einziges Wort einer Mahnung an dich, den Leser, in den Büchern steht, wird die leise, heimliche Hand des Lesegesistes deinen Charakter zum Guten formen. Wenn du Glück hast, geräfst du an ein Buch, das verborgene Quellen in dir öffnet, Kräfte und Talente weckt, zur Entwicklung bringt, was ungekannt in dir schlummerte. Viele Leute machen Bücher, aber Bücher machen auch Leute!...

Unnötig zu sagen, daß wir keine „Bücherwürmer“ heranzüchten wollen, die sich im Staube der Bibliotheken vergraben. Die keine Sonne mehr sehen, Frühling, Ackerfeld, Wald und See, Gebirge und Meer nicht schauen, den Atem des Windes nicht mehr spüren, das Lied des Vogels nicht hören. Die sich an der Natur erst freuen können, wenn sie durch die Schnellpresse gelaufen ist. Die über aller Schnökelei, allem Wissen die wichtigsten Forderungen des Tages vergessen. Forderungen, die sich in ein Wort zusammenfassen lassen: Kampf! Denn der Kampf ist der

Vater aller Dinge — und nirgend ist er es mehr als in der Arbeiterklasse, die sich jeden kleinen Fortschritt mit Hebeln und Schrauben, mit Klauen und Zähnen erobern muß. Denkt an die letzten Tarifverhandlungen. Unter unsern Forderungen stand auch das Wort: Mehr Mühe! Diese Forderung läßt sich nicht nur wirtschaftlich begründen. Sie steht, wenn wir von Arbeiterkultur reden, an erster Stelle. Jede Arbeitszeitverlängerung ist für den Arbeiter ein Kulturfortschritt. Sie nimmt ein Stück der Tageslast und gibt dem Menschen ein Stück seiner selbst zurück. Wenn er es will! Wenn er aus den beengten Horizonten seiner Arbeitswelt in die Weite des materiellen und geistigen Universums tritt und sich ein wenig umschaut im Arsenal der äußeren Ereignisse und der inneren Erlebnisse.

Wer diesen Schritt getan hat, dem ist das Buch so nötig wie das Salz in der Küche. So nämlich müßte es sein: Daß das gute Buch zu uns gehört wie das leibliche Brot. Der Mensch, der in seiner Nahrung nicht die nötigen Vitamine zu sich nimmt, hat unter krankhaften Erscheinungen zu leiden. Diese Erkenntnis ist heute wohl Allgemeingut. Nicht so allgemein in das Bewußtsein gedrungen ist die Wahrheit, daß auch der unterernährte Geist, die falsch gespeiste Seele in ihrer Entwicklung zurückbleiben, daß sie verstopfen, verkrüppeln, verrotten oder zu krankhaften Ausprägungen neigen. In den Amüsiergeschäften der Großstadt, der sogenannten „Lebewelt“, tritt uns die raffinierte und strophulöse Seele, das verbogene Rückgrat des Geistes in klassischer Ausprägung entgegen. Was hier etwa an Lektüre noch konsumiert wird, gehört fast immer zu jenen Ergebnissen, die unter Mißbrauch der Buchdruckerkunst entstanden sind.

Diese untre Antipoden können uns als abgrenzenden Beispiel dienen. Aber auch unter den Schaffenden sind nicht wenige, die ihr geistiges Brot mit Margarine genießen, obwohl sie gute Butter haben könnten. Zahlreiche billige und doch gute Bücher gibt es. Und es gibt zwei proletarische Lesergemeinschaften, die ihre eigne Produktion haben und mit Verständnis ihren Mitgliedern dienen: den „Bücherkreis“ und die „Büchergilde Gutenberg“. Ihre Entwicklung — die Büchergilde hat im Jahre 1929 an 70 000 Mitglieder nicht weniger als 336 000 Bände abgesetzt — berechtigt zu dem Optimismus, daß das Buch auch in der Arbeiterklasse vorwärts dringt und sich immer mehr der geistig abhängigen Geister nähert.

Wer den „Tag des Buches“ zweckvoll begreifen will, der demonstriert gegen die Abstinenz, indem er die hier kurz gestreiften Probleme überdenkt und sie den geistig Anspruchslosen näherbringt.

Ernst Preckang.

Erfolgreicher Buchhandel

Schluß mit dem Gesamterfolg! Diesen Ausruf hat schon vor einiger Zeit ein Buchhändler im „Vörsenblatt für den deutschen Buchhandel“, weil in der Presse so viel über den „sterbenden Buchhandel“, über die „Not der Verleger“ oder über die „Abwendung des Publikums vom Buche“ zu lesen war. Mit einer so künstlich erzeugten Panikstimmung war dem Buchhandel am allerwenigsten gedient, denn schließlich wird der Teufel so lange an die Wand gemalt, bis er wirklich kommt. Die Buchhändler sollten nicht immer von den mangelnden Kulturbedürfnissen eines geizigen Publikums sprechen, dessen geistige Verflachung behaupten, aber an diese so charakterisierten Menschen möglichst viele und hochwertige Bücher verkaufen wollen. Ein solches Vorgehen verstoßt gegen die primitivsten Gesetze der Psychologie, die bei der Werbearbeit einfach nicht entbedrängt werden können.

Zum Glück für unser Volk ist es trotz der Unterbewertung seiner geistigen Fähigkeiten und Bedürfnisse an guten Büchern damit gar nicht so schlecht bestellt. Wäre es sonst denkbar, daß es sehr viele Bücher gibt, die Auflagen bis zu hunderttausend Exemplaren erzielen, und daß es wiederum eine ganz stattliche Zahl von Werken gibt, die diese schon weit gegebene Grenze noch überschreiten konnten? Daß unter fast 28 000 Neuerscheinungen und Neuauflagen eines Jahres viele, sogar sehr viele Riesen sein werden und auch sind, ist leicht erklärlich. Sind dies doch die Gesetze darüber einig, daß viel zuviel untaugliches Zeug, dagegen aber noch zu wenig literarisch wertvolles Geistesgut gedruckt wird. Druckschriften, die aus purer Eitelkeit — er möchte sich um jeden Preis gedruckt sehen — oder aus Gefälligkeit — Gefälligkeit ist Gefäß und eine Hand wäscht die andre — oder gar aus Spekulationsgier — die guten Leute werden auf den Mist haufen hereinfallen — erscheinen, schädigen das Ansehen des seriösen Teiles der buchhändlerischen Verleger gar leicht. So haben gerade die Verleger einen oft recht schweren Kampf zu führen, die nur reinste Geistesgut pflegen wollen. Die Gründe dieses Ringens um die Käufer liegen neben den noch vielfach bestehenden Mängeln in der Geschmacksbildung zum größten Teil in der fehlenden Kaufkraft derjenigen Schichten des Volkes, die zwar gern Bücher kaufen würden, wegen ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse aber im großen und ganzen darauf verzichteten müssen. Das völlig ungeklärte Lohnproblem schwächt die Kaufkraft der als Arbeiter, Angestellte und Beamte erwerbstätigen Volksteile ganz

ungeheuerlich und verzögert den kulturellen Aufstieg des ganzen Volkes. Doch das sind Wahrheiten, die im kapitalistischen System von dessen Trägern und Verteidigern nicht gern gehört, geschweige denn anerkannt werden.

Besonders nachteilig sind die durch die geschwächte Kaufkraft den Büchereinkünften auferlegten Hemmnisse bei den wissenschaftlichen Werken, die eine gewisse Preisgrenze überschreiten. Darunter haben nicht nur die Studenten der Hochschulen zu leiden, sondern auch viele bereits berufstätige, aber „unstudierte“ Lernbegierige, die versuchen, mit Hilfe von Büchern und Vorträgen den regelrechten und kostspieligen Schulbesuch zu ersetzen, um auf diese sehr mühevollen Weise doch auch zu einem guten Bildungsziel zu gelangen. Wenn der wissenschaftliche Verlag trotz dieser gegenüber der Vortragszeit viel stärker in Erscheinung tretenden Einbußen an inländischen Abnehmern zum Teil recht ansehnliche Auflagen mit seinen Werken erzielt, so rührt dies von der starken Nachfrage nach deutschen wissenschaftlichen Werken im Ausland her, die eine bedeutende Ausfuhr zur angenehmen Folge hat. Da diese günstigen Chancen für den belletristischen (schönwissenschaftlichen) Verlag nicht erheblich sind, haben eine Reihe von Verlegern versucht, durch Herausgabe von billigen Büchereien und auch durch einen sogenannten „Bücherfah“, wie ihn verschiedene „Magazine“ und dergleichen darstellen, der geschwächten Kaufkraft Rechnung zu tragen. Einzelne dieser Zeitschriften, die immerhin so etwas wie ein literarisches Gespräch aufweisen, erfreuen sich größter Beliebtheit beim lesenden Publikum. So hat z. B. „Die grüne Post“, die Auflage von einer Million bereits überschritten, viele andere Wochenblätter oder Monatszeitschriften folgen mit ansehnlichen Auflagen. Da der Zeitschriftenverlag als ein Teil des Verlagsbuchhandels zu betrachten ist, muß er bei einer Beurteilung des verlegerischen Gesamterfolges mitgewertet werden.

Hier wollen wir näher nur auf den schönwissenschaftlichen Verlag eingehen, der in Deutschland ziemlich bedeutend ist. Es wird behauptet, daß es ihm heute durchweg schlecht gehe. Damit kann es aber nicht so schlimm bestellt sein. Zahlen sprechen! Darum führen wir nun einige Auflagenziffern an von deutschen und ausländischen Schriftstellern, deren Werke von deutschen Verlegern herausgebracht worden sind und die eine Auflagenhöhe von mehr als hunderttausend im Jahre 1929 erreichten.

Bekannt ist der Schubert-Roman von Rudolf S. Bartsch „Schwammerl“, von dem das 221. Tausend vorliegt. Ausgesprochen sind die Erfolge, die Waldemar Jonsens mit seinen prächtigen Büchern erzielt hat. „Die Biene Majas“ erschien im 700. Tausend, „Himmelsdöhl“ im 425. Tausend und „Indienfahrt“ im 320. Tausend. Des Holländers Laurids Bruun „Van Jantens glückliche Zeit“, eine ergreifende Südlingsgeschichte, liegt im 200. Tausend vor. Zwar liegen hier die Auflagenziffern nicht so hoch, doch ist es einleuchtend, daß die Nachfrage nach diesen Büchern sehr groß ist. „Die Biene Majas“ (122 000), „Eine harte Nachschicht“ (100 000) und „Die harte Nachschicht“ (100 000) sind die letzten Zahlen der Werke von Lion Feuchtwanger. „Die häßliche Herogotin“ erschien bereits im 140. Tausend. Cäsar Glaihlens Wandspruchpoesie à la „Hab Sonne im Herzen“ erfreut sich immer noch großer Beliebtheit. Sein „Heimat und Welt“ steht bereits im 282. Tausend. Die hoch zu wertenden Schriften von Theodor Fontane, dem Dichter der Mark Brandenburg, blieben im Vergleich dazu etwas zurück. „L'Abdulla“ erschien jetzt im 134. Tausend, „Frau Jenny Treibel“ im 144. Tausend und „Fronnen und Wirren“ im 166. Tausend. Der Friese Gustav Grenssen gehört auch zu den Ausserlesenen. Sein „Gern Uff“ liegt im 323. Tausend vor, „Peter Moors Fahrt nach Südwest“ im 213. Tausend. Daß Ludwig Ganghofers Unterhaltungsromane aus dem Bauern-, Jäger- und Herrenleben noch immer stark gefragt sind, beweisen die hohen Auflagenziffern: „Der Klotterjäger“ (301. Tausend), „Schloß Hubertus“ (216. Tausend), „Das Schweigen im Walde“ (205. Tausend). Bemerkenswert ist der Erfolg von Gellertups „Wilger Kamanita“ (130 000), der uns in die buddhistische Welt mit ihrem Glauben an die Seelenwanderung führt. Agnes Günthers mehr gefühlsmäßig als literarisch zu wertendes, aber dennoch bedeutendes Werk „Die Heilige und ihr Mann“ liegt auch schon im 112. Tausend vor. Des großen deutschen Dichters Gerhart Hauptmanns Vollständigkeit ist noch nicht gekommen. Von seinen vielen Werken überschritten bisher nur drei die Hunderttausendengrenze: „Die Weber“ (128 000), „Die versunkene Glocke“ (140 000) und „Der Knecht von Soana“ (146 000). Erfolgreicher war der Schweizer Jakob Chr. Heer. Die höchsten Auflagen erlebten bisher seine Romane „Der Wetterwart“ (330 000), „Der König der Bernina“ (325 000), „In heiligen Wässern“ (310 000) und „Raubgewind“ (265 000). Verschiedene Millionen an barem Gelde flossen dem Verleger von Rudolf Herzogs Gesellschaftsromanen zu. Von seinen 12 Romanen, die in mehr als hunderttausend Exemplaren abgesetzt worden sind, stehen an der Spitze „Die Wistottens“ mit 358 000, dann folgen „Die Burgfrieden“ mit 308 000 und „Die Stotkentamps und ihre Frauen“ mit 303 000. Münfswert wäre es, wenn der verdientvollere Hermann Hesse zu solchen Ziffern gelangen würde. Bisher erreichten „Peter Camenzind“ 120 000, „Unter dem Rad“ 146 000 und „Knulp“ 125 000. Des schlesischen Dichters Paul Keller Bücher erfreuen sich einer recht guten Nachfrage. „Waldbühnen“ erzielte schon 293 000, „Ferien vom Jäh“ 271 000, „Der Sohn der Hagar“ 222 000. Der ebenso phantastische wie spannende Roman von Bernhard Kellermann „Der Tunnel“ (238 000) ist immer noch stark begehrt. Ebenso erfreuen sich die Bücher von Hermann Löns „Der Wehrwolf“ (351 000) und „Das zweite Gesicht“ (325 000) einer großen Beliebtheit. Thomas Mann, seit kurzem nun gleich Gerhart Hauptmann Träger des Literatur-Nobelpreises, bleibt wie dieser hinter den wünschenswerten Auflagenziffern noch

zurück. „Der kleine Herr Friedemann“ gelangte erst auf das 102. Tausend, „Der Zauberberg“ rüdte auf das 120. Tausend und von den „Buddenbrooks“ kam das 185. Tausend heraus. Aber von dem zuletzt genannten Werk erschien jetzt eine billige Volksausgabe, die wohl sehr starke Verbreitung finden wird. Auch Heinrich Mann müßte mit seinem köstlichen politisch-literarischen Roman „Der Untertan“ (155. Tausend) noch weiter ins Volk dringen. „Der Golem“ von Gustav Meyrink kam trotz der infolge seines gruseligen Inhalts auf bisher 250 000. Peter Rosegger, der österreichische Volksdichter, nimmt nach wie vor die Herzen seiner Leser mit seinen Waldbauerngeschichten gefangen. Von den drei Bänden des „Waldbauernbuchs“ kamen zusammen fast 900 000 Stück in den Besitz der Leser. Von den Sozialromanen des Amerikaners Upton Sinclair überschritt die deutsche Übersetzung von „Petroleum“ das erste Hunderttausend. Hermann Sudermanns Romane haben an Ruhm noch nicht viel eingebüßt. „Grua Sorge“, der Roman, der vor Jahrzehnten schon große Anerkennung gefunden hatte, erschien nunmehr im 300. Tausend. „Zwei Menschen“ von Richard Bos nehmen in der guten Romanliteratur eine führende Rolle ein. Mit 640 000 Auflage darf der Verleger gewiß zufrieden sein. Stefan Zweig gehört zu den literarischen Größen erster Ordnung. Seine „Sternstunden der Menschheit“ erschienen bisher im 130. Tausend. Emil Ludwigs biographische und geschichtliche Werke wollen wir hier auch erwähnen. Schon 1,2 Millionen Exemplare seiner Bücher sind verkauft worden. Eines immer größer werdenden Lesers erfreuen sich auch die Reise- und Abenteuerbücher von Jack London. Von seinen ins Deutsche übersetzten Werken wurden schon über eine Million abgesetzt. Von Selma Lagerlöfs, der Schwedin, Romanen und Erzählungen wurden in deutscher Übersetzung 400 000 Bände verkauft. Als eines der bedeutendsten Werke unserer Zeit gilt die Romantrilogie „Kristin Lavrans Tochter“ von Sigrid Undset. Davon sind in Deutschland bereits 242 000 Exemplare zum Verkauf gelangt. Sollen wir etwa Erich Maria Remarque „Im Westen nichts Neues“, ein Kriegserlebnisbuch, das in kürzester Zeit bereits das 850. Tausend überschritt, zu den buchhändlerischen Welterfolgen rechnen? Oder das weltberühmte Kinderbilderbuch „Der Struwwelpeter“ von Heinrich Hoffmann mit der Fiesenauflage von 5,850 Millionen? Lassen wir es bei diesen Beispielen, die sich leicht um viele vermehren ließen.

Wenn auch zu solchen großen Erfolgen nicht alle Verleger, Verleger und Bücher gelangen, so sei doch der Schluß erlaubt, daß die meisten Buchhändler und Verleger sich für ihre geschäftlichen Mühen nicht unbefolgt sehen, denn es gibt im deutschen Buchhandel doch recht viele Werke, die ihren Mann ernähren. Gewiß, es mag wesentlich leichter sein, mit andern Waren bei geringerem Aufwand an Arbeitsleistung zu gewinnen, als mit Büchern, die einen größeren Gewinn zu bringen. Aber wer will eine solche Arbeit leisten? Buchhändler dazu überreden, sich etwa von seiner Welt der Bücher und der Bücherkäufer zu trennen? Bücher haben Schicksale und Buchhändler lieben ihr Milieu, das ihnen oft genug zum guten Schicksal wird. W. R.

Sozialpolitik und bürgerliches Recht

Unterstützungsverfahren in der Arbeitslosenversicherung

Den Antrag auf Arbeitslosenunterstützung hat der Arbeitslose persönlich bei dem Arbeitsamt zu stellen, in dessen Bezirk er bei der Arbeitslosenmeldung seinen Wohnort hat. Hat er keinen Wohnort, so ist der Aufenthaltsort zuständig. Dasselbe gilt, wenn der Arbeitslose sich infolge seiner beruflichen Tätigkeit in der Regel nicht an seinem Wohnort aufhalten kann. Reht er jedoch an seinen Wohnort zurück, so muß er sich an das dort zuständige Arbeitsamt wenden. Wer sich in einem Orte aufhält, um eine Beschäftigung auszuüben, die ihrer Natur nach auf einen Teil des Jahres beschränkt ist, begründet dadurch allein noch keinen Wohnort. Nach einer grundsätzlichen Entscheidung des Spruchsenats kann ein Ausländer einen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung nicht geltend machen, wenn er im Inland zwar versicherungspflichtig beschäftigt war, aber keinen inländischen Wohnort hat.

Auf Antrag des Arbeitslosen kann der Vorsitzende des Arbeitsamts ein anderes Arbeitsamt für zuständig erklären. In diesem Falle kann das für zuständig erklärte Arbeitsamt die Überweisung eines Arbeitslosen nicht mehr abweisen. Der Vorstand der Reichsanstalt oder mit seiner Zustimmung der Verwaltungsausschuß des Landesarbeitsamts können jedoch diese Befugnis einschränken, insbesondere Bezirke sperren oder die Überweisung an bestimmte Voraussetzungen knüpfen. Wird der Überweisungsantrag abgelehnt, so kann der Arbeitslose binnen zwei Wochen den Spruchauschuß zwecks endgültiger Entscheidung anrufen.

Männlichen unterstützungsberechtigten Arbeitslosen, die eine Lehrzeit beendet haben, kann auf ihren Antrag vom Vorsitzenden des Arbeitsamts ein Wanderchein ausgestellt werden, wenn das Wandern zur Erlangung einer geeigneten Beschäftigung und beruflichen Weiterbildung zweckmäßig erscheint. Der Wanderchein wird nur einmal innerhalb eines Jahres ausgestellt und ist auf höchstens zehn Wochen zu befristen. Der Wanderchein begründet die Zuständigkeit zum Bezug der Arbeitslosenunterstützung in den Orten der Wanderhaft. Die Verfolgung eines Antrages auf Erteilung eines Wandercheins im Spruchverfahren ist für unzulässig erklärt worden, weil es sich nur um eine Kannvorschrift handelt.

Der Arbeitslose, der den Antrag auf Unterstützung stellt, hat dabei glaubhaft zu machen, daß und auf welche Weise er die Annahmestufe auf die Unterstützung erworben hat; er hat dazu insbesondere anzugeben, in welchen versicherungs-

pflichtigen Beschäftigten und wie lange er in diesen seit dem Beginn der Anwartschaftszeit gestanden hat. Er hat ferner anzugeben, welches Arbeitsentgelt er in den letzten sechs Monaten bezogen hat und aus welchem Grunde sein letztes Beschäftigungsverhältnis gelöst worden ist. Ebenso hat er seine Familienverhältnisse insoweit darzulegen, als deren Kenntnis für die Festlegung der Unterstüßung erforderlich ist. Der Arbeitgeber ist verpflichtet, nach Vereinbarung des Arbeitsverhältnisses auf Verlangen eine Bescheinigung auszustellen, aus der Art, Beginn, Ende und Lösungsgrund des Arbeitsverhältnisses sowie die Höhe des Arbeitsverdienstes und einer anlässlich des Ausscheidens aus der Beschäftigung etwa gewährten Abfindung oder Entschädigung hervorgeht. Diese Bescheinigung sollte sich der Arbeitnehmer in allen Fällen geben lassen und sofort die Richtigkeit der Angaben prüfen. Da mehrfach festgestellt ist, daß auf den Bescheinigungen einfach der Tariflohn angegeben wurde ohne Berücksichtigung der Überstunden, Schichtzuschläge usw., empfiehlt sich die Aufbewahrung der Lohnlisten.

Das Arbeitsamt hat das Recht, Ermittlungen jeder Art unter Ausschluß eidlicher Vernehmungen anzustellen. Es kann insbesondere den Arbeitslosen zur Prüfung seiner Arbeitsfähigkeit ärztlich untersuchen lassen. Alle Behörden, Versicherungsträger und Privatpersonen haben dem Arbeitsamt die Auskünfte zu erteilen, die zur Durchführung des Verfahrens erforderlich sind. Die Beauftragten des Arbeitsamts sind nach ausdrücklicher Vorschrift berechtigt, die Wohnung eines Unterstüßten Besichtigen oder betreten, wenn das Arbeitsamt dies zur Feststellung der Voraussetzungen des Unterstüßungsanspruchs für erforderlich hält. Nach einer Entscheidung des Spruchsenats sind Auskünfte von Privatpersonen, wenn sie schriftlich gegeben, portofrei zu erteilen. Wird die Auskunft verweigert, weil das Porto vom Arbeitsamt nicht angeboten wird, so kann eine Ordnungsstrafe verhängt werden. Dagegen steht es dabei die Frage, ob Ersatz der baren Auslagen gefordert werden kann und wie zu verfahren ist bei Personen, die etwa wegen Verzögerung nicht in der Lage sind, eine schriftliche Auskunft portofrei zu übermitteln.

Daß der arbeitslose Unterstüßungsempfänger sich regelmäßig zu melden hat, auch während der Wartezeit und der Sperrstrafen, haben wir bereits in früheren Artikeln betont. Die Unterstüßung wird wöchentlich nachträglich ausbezahlt. Solange ein zuschlagsberechtigter Angehöriger nicht in die häusliche Gemeinschaft aufgenommen ist, oder wenn ein Arbeitsloser seinen gesetzlichen Unterhaltspflichten gegenüber einem zuschlagsberechtigten Angehörigen nicht nachkommt, kann der Verwaltungsausschuß des Arbeitsamts anordnen, daß ein angemessener Teil der Arbeitslosenunterstüßung an den Angehörigen oder diejenige Person, Anhalt oder Behörde ausgezahlt wird, in deren Obhut er sich befindet.

Der Arbeitslose ist nach § 176 verpflichtet, ohne Aufzögerung unverzüglich dem Arbeitsamt anzuzeigen: 1. wenn er aus seiner früheren Beschäftigung eine Abfindung oder Entschädigung erhält, 2. wenn er oder einer seiner Angehörigen, für den ein Familienzuschlag gewährt wird, eine entlohnte Arbeit übernimmt, 3. wenn ihm Krankengeld, Wochengeld, Rente aus der Unfallversicherung wegen einer 66 2/3 Proz. übersteigenden Einbuße seiner Erwerbstätigkeit, Invalidenrente nach der Reichsversicherungsordnung, Invalidenrente nach dem Angestelltenversicherungsgesetz oder Invalidenpension nach dem Reichsentschädigungsgesetz zugebilligt wird, 4. wenn einer seiner zuschlagsberechtigten Angehörigen stirbt, die häusliche Gemeinschaft verläßt oder ihm von einem Dritten Unterhalt gewährt wird.

Die Arbeitslosenunterstüßung wird nur auf Antrag gewährt. Sie ist von Amts wegen zu entziehen, sobald die Voraussetzungen zum Bezuge nicht mehr vorliegen oder sich herausstellt, daß sie schon bisher nicht vorgelegen haben. Im letzteren Falle ist gleichzeitig festzustellen, ob und in-



Fünfzig Jahre Verbandsmitglied



Ludwig Bögelbacher in Freiburg i. Br.
Eingetreten: 23. März 1880 — Pressereferent in Freiburg i. Br.



wieweit der Unterstüßungsempfänger Beträge, die er zu Unrecht erhalten hat, zu erstatten hat. Von einer Erstattung ist dabei abzusehen, wenn die Unterstüßung deshalb bewilligt wurde, weil die Stelle, die sie bewilligt hat, sich in einem Rechtsirrtum über eine Voraussetzung der Unterstüßung befunden hat. Gegen die Entscheidungen des Vorsitzenden des Arbeitsamts ist Einspruch beim Spruchauschuß des Arbeitsamts zulässig. Zum Einspruch berechtigt ist nicht nur der Arbeitslose, sondern jeder, der an der Veränderung der Entscheidung ein berechtigtes Interesse hat. Die Einspruchsfrist beträgt zwei Wochen und beginnt mit der Bekanntgabe der Entscheidung. Der Einspruch kann schriftlich oder mündlich erfolgen. Der Einspruch bewirkt keinen Aufschub. Minderjährige sind prozeßfähig, soweit sie nach § 113 BGB. geschäftsfähig sind. Trifft letzteres zu, so gilt der Grundhalt in der Sozialversicherung, daß derjenige, der das 16. Lebensjahr vollendet hat, selbständig den Antrag auf Arbeitslosenunterstüßung stellen und verfolgen kann. Der Arbeitslose, dem durch eine Entscheidung des Vorsitzenden der Anspruch auf eine Leistung ganz oder teilweise abgelehnt oder entzogen wird, ist über das Recht zur Erhebung des Einspruchs sowie die Form und Frist, die dabei innezuhalten ist, in der Entscheidung zu belehren. Solange diese Rechtsbelehrung unterbleibt, läuft die Einspruchsfrist nicht. Bei der Entscheidung über den Einspruch steht der Spruchauschuß, soweit erforderlich, gleichzeitig fest, ob und inwieweit zu Unrecht geleistete Beträge zurückerstattet sind. Nach einer Entscheidung des Spruchsenats ist der Vorsitzende des Arbeitsamts berechtigt, eine rechtskräftig gewordene Entscheidung zugunsten des Arbeitslosen abzuändern, wenn eine Nachprüfung ergibt, daß der Anspruch des Arbeitslosen auf Arbeitslosenunterstüßung zu Unrecht entzogen oder zu niedrig festgesetzt wurde. Der Spruchauschuß besteht aus dem Vorsitzenden des Arbeitsamts und je einem Vertreter der Versicherten und Arbeitgeber.

Gegen die Entscheidung des Spruchauschusses ist Berufung des Arbeitslosen oder des Vorsitzenden oder jedes Mitglieds des Spruchauschusses an die Spruchkammer zulässig, wenn der Spruchauschuß 1. die Entscheidung des Vorsitzenden des Arbeitsamts abgeändert oder 2. sie zwar

bestätigt, aber nicht einstimmig bestätigt oder 3. sie zwar einstimmig bestätigt, aber die Berufung wegen der grundsätzlichen Bedeutung des Falles mit Mehrheit zugelassen hat. Hat der Spruchauschuß die Entscheidung des Vorsitzenden des Arbeitsamts bestätigt, so hat der Vorsitzende des Spruchauschusses dem Arbeitslosen bei der Bekanntgabe der Entscheidung mitzuteilen, ob der Spruchauschuß seine Entscheidung einstimmig getroffen und, wenn ja, ob er gleichwohl die Berufung wegen der grundsätzlichen Bedeutung des Falles zugelassen hat. Ist die Berufung zulässig, so hat er bei der Bekanntgabe der Entscheidung den Arbeitslosen, dem durch die Entscheidung der Anspruch auf eine Leistung ganz oder teilweise abgelehnt oder entzogen wird, über das Recht zur Einlegung der Berufung sowie die Form und Frist, die dabei einzuhalten ist, zu belehren.

Die Berufungsfrist beträgt ebenfalls zwei Wochen. Sie läuft nicht, solange der Vorsitzende vorstehende Belehrung unterläßt. Nach einer Entscheidung des Spruchsenats kann der Versicherte die nachträgliche Zustellung einer Entscheidung des Spruchauschusses auch dann verlangen, wenn die Entscheidung in Gegenwart des Versicherten mündlich verkündet ist. Eine neue Berufungsfrist läuft für ihn aber nur dann, wenn dieser Antrag innerhalb einer mit dem Tag der Verkündung beginnenden Frist von zwei Wochen gestellt worden ist. In einer weiteren Entscheidung des Spruchsenats kommt zum Ausdruck, daß formlose Einlegung des Rechtsmittels zwar genügt, der Einlegende muß aber das Rechtsmittel im Augenblick seiner Erklärung auch wirklich einlegen wollen und dürfte es nicht bloß antun. Ausgesprochen wurde ferner, daß ein Rechtsmittel auch dann als rechtzeitig eingelegt gelte, wenn es bei einer inländischen deutschen Behörde fristgemäß eingelegt ist.

Eine Spruchkammer ist bei jedem Oberverwaltungsamt errichtet, in dessen Bezirk ein Landesarbeitsamt seinen Sitz hat. Die Spruchkammer besteht aus einem Mitglied des Oberverwaltungsamts als Vorsitzenden und je einem der Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter, die dem Oberverwaltungsamt angehören.

Eine Abgabe der Streitfrage an die höchste Instanz, den Spruchsenat, kann nur die Spruchkammer vornehmen, und zwar wenn es sich um eine Auslegung von grundsätzlicher Bedeutung handelt, über die das Reichsverwaltungsamt noch keine grundsätzliche Entscheidung veröffentlicht hat. Die Abgabe erfolgt unter Darlegung ihrer Rechtsauffassung. Sie hat die Sache abzugeben, wenn das Reichsverwaltungsamt über die Auslegung zwar schon eine grundsätzliche Entscheidung veröffentlicht hat, die Spruchkammer aber von ihr abweichen will. Stimmt der Spruchsenat der Gesetzesauslegung der Spruchkammer zu, so hat er den Beschluß zu bestätigen. Stimmt er nicht zu, so hat er seine rechtliche Beurteilung darzulegen und die Sache zur anderweitigen Verhandlung und Entscheidung an die Spruchkammer zurückzuverweisen. Diese ist bei ihrer endgültigen Entscheidung nunmehr an die rechtliche Beurteilung des Senats gebunden.

Nach § 93 erfaßt derjenige, der seine Arbeitsstelle ohne wichtigen oder ohne berechtigten Grund aufgegeben hat oder durch ein Versehen verloren hat, das zur fristlosen Entlassung berechtigt, während der ersten vier Wochen seine Arbeitslosenunterstüßung. Wird zur Klarstellung der Rechtslage das Arbeitsgericht angerufen oder ein tarifliches Schiedsgericht, so sind der Vorsitzende des Arbeitsamts und die Spruchbehörden an deren rechtskräftige Entscheidung gebunden. Durch das schwebende Verfahren wird allerdings die Entscheidung des Vorsitzenden des Arbeitsamts nicht aufgehoben. Der Einspruch gegen die Entscheidung des letzteren ist jedoch erst zulässig, wenn die rechtskräftige Entscheidung der Arbeitsgerichtsbehörde oder des Schiedsgerichts vorliegt oder der Rechtsstreit ohne rechtskräftige Entscheidung erledigt ist. Die Einspruchsfrist beginnt in solchem Falle erst mit der Zustellung des Urteils des Arbeits- oder Schiedsgerichts oder mit der Mitteilung des Arbeitslosen an den Spruchauschuß, daß der Rechts-

Eine kulturelle Verpflichtung

Nachstehende Zeilen wollen versuchen, eine Frage zu beantworten, die: Haben jene skeptischen Beurteiler der Bewegung „Ein Tag dem Buche“ recht, denen alle Tätigkeit des Buchhandels für das Buch, alle Mittätigkeit seitens künstlerischer und technischer Mitarbeiter an der Gestalt des Buches im Dienste dieser Bewegung nichts anderes bedeutet, als ein Bemühen, die großen und kleinen Quellen flüssigen Geldes auf die Mühen des Buchhandels zu lenken? Sollte aber der Sinn dieser Bewegung nicht noch ein anderer sein, als der eines Tages des Wartens um und für das Buch?

Wag letzteres für weite Kreise der am Wege des Buches zu seiner Bestimmung Beteiligten das Ziel des Tages sein. Der Sinn des Tages aber will, sollte wenigstens ein anderer sein. Er mahnt uns an eine kulturelle Verpflichtung, erinnert uns an das Wort eines Künstlers, das dieser vielleicht in einer besonders bitteren Stunde seines Erdenwallens geprägt haben mag: „Der Staat sollte einsehen, daß ich für das Kompositionieren auf der Welt bin!“ Mein, der Franz Schubert träumte nicht von der Futterkrippe Staat, als er diese Worte an seine Zeit und Mitwelt richtete, aber ein Wunsch lebte wohl in der Seele des Sängers, der nach Franz Liszts Worten „wie der Vogel in der Luft lebte und dabei Engelsweisen sang“, jener, für sein Schaffen ein ebenso großes Verständnis zu finden wie sein großer Zeitgenosse zu Weimar, der Dichter, an dessen Todestag uns der Tag des Buches gleichsam erinnert.

Ein Hinblick auf die Geschehnisse zu Weimar, wo sich ein Dichter für sein Schaffen der Gunst eines Staates bzw. eines Fürsten (beides sich ja zu jener Zeit auf ein gleiches hinaus) erfreuen durfte, mag Schubert Anlaß zu jenen Worten gegeben haben.

Man darf wohl sagen im Hinblick auf jene Zeit, die sich der Bedeutung des schöpferischen Menschen für ihre Ziele und Aufgaben oft klarer bewußt war als wir gegenwärtig, begründete auch jene Bewegung, die wir als „Tag des Buches“ bezeichnen. Und so wie der Quell einer Bewegung immer irgendwie bestimmend bleibt für deren Aufgaben und Ziele, so wird es auch die Bestimmung des Tages des Buches bleiben, ein Tag des Dichters zu sein.

Ein Weg, der uns hinführen will zur Persönlichkeit des Schöpfers unseres Buches — und eine Stunde, in der der gegenwärtige geistige Arbeiter eine im Grunde gleiche Forderung an seine Zeit und Mitwelt richtet, wie dereinst jener Künstler (der, vom Schicksal berufen, seiner Mit- und Nachwelt unvergängliche Werte zu schenken, persönlich oft das Notwendigste entbehrte) —, das sind die Pole des Tages des Buches. Wenn wir dabei selbst ein wenig über die Worte Schuberts nachdenken, so kommen wir wohl zum Schluß, die Sehnsucht des Künstlers nach einer Gemeinschaft, in deren Dienst und Schutz er sich stellt, spricht aus diesen Worten. Und diese Sehnsucht auch des gegenwärtigen Künstlers wollen und müssen wir wohl einmal als die tiefere Ursache des Tages des Buches betrachten?

Aufgabe und Ziel einer Bewegung im Dienste des Buches aber ist es, diese Gemeinschaft für den gegenwärtigen Schriftsteller zu schaffen. —

Der freundliche Leser dieser Zeilen mag diese Gedanken und Erwägungen günstigsten Falles als eine soziale Ideologie zugunsten des Schriftstellers der Gegenwart bezeichnen. Ist aber nicht bereits ein erster Schritt zu jener Gemeinschaft getan mit einer Bewegung, die aus unserer gewerkschaftlichen Mitte heraus geschah und die zu Zug und Recht den Namen des Meisters im Schilde führt, der dereinst der Kultur des Buches selbst die Wege bereitere. Verwirklicht sich nicht bereits heute in dieser Gemeinschaft der Gedanke „Uns zum Nutzen und zum Nutzen jenes geistigen Arbeiters, der irgendwie zu uns gehört“.

Das Bild der Welt ist ein andres geworden wie zu jenen Tagen, mit denen wir uns eingangs um ihrer Geister willen beschäftigen. Und auch der Gedanke des Staates ist ein anderer geworden. Die Entwicklung der Dinge ist auch in unsere Hände gelegt, damit aber auch eine Verpflichtung gegen jenen Zeitgenossen, der sich in den Dienst unserer Ideen stellt.

Jener geistige Arbeiter unserer Zeit, der uns in der Gestalt des Buches als Forscher, Denker oder Wissenschaftler das Werkzeug des Fortschritts schmiedet, das uns im Kampfe um ein Vorwärts und Aufwärts als die beste Waffe dient, und jener, der als Dichter den Mut fand und findet, Sprecher einer Schicht zu sein, die aus den Tiefen des Seins empordrängt, er soll und muß uns in diese seine Gemeinschaft finden, die der schöpferische Mensch nach wie vor braucht. Das wäre unser kulturelle Verpflichtung aus dem Tage des Buches. P. Schr.

streit ohne rechtskräftige Entscheidung erledigt ist. In einer Entscheidung des Spruchsenats heißt es, daß ein vor dem Arbeitsgerichts abgeklagter Vergleich über die Leistungsgründe eines Arbeitsverhältnisses keine Aufhebung des Arbeitsgerichts enthält, an die die Stellen, die über den Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung zu entscheiden haben, gebunden sind.

Wichtig ist auch, daß endgültige Entscheidungen der Spruchinstanzen über Ansprüche auf Arbeitslosen- oder Kurzarbeiterunterstützung für alle Behörden, insbesondere auch Gerichte, bindend sind.

Vor den Spruchbehörden der Arbeitslosenversicherung wird mündlich und öffentlich verhandelt. Die Öffentlichkeit kann aus Gründen des öffentlichen Wohls und der Sittlichkeit ausgeschlossen werden; der Beschluß ist öffentlich zu verkünden.

Den Kollegen ist dringend zu empfehlen, bei allen Streitigkeiten die Hilfe der Organisationsinstanzen in Anspruch zu nehmen, um eine wirksame Vertretung zu ermöglichen.

P. Ro.

Witwenrente der Invalidenversicherung

Nach § 1258 der Reichsversicherungsordnung wird seit dem 1. Januar 1912 Witwenrente nach dem Tode des versicherten Mannes an die Witwe gezahlt, die das Alter von 65 Jahren vollendet hat oder infolge von Krankheit oder andern Gebrechen dauernd invalide ist. Die dauernde Invalidität liegt vor, wenn die Witwe nicht imstande ist, durch eine Tätigkeit, die ihren Kräften und Fähigkeiten entspricht und ihr unter billiger Berücksichtigung ihrer Ausbildung und bisherigen Lebensstellung zugemutet werden kann, ein Drittel dessen zu erwerben, was körperlich und geistig gesunde Frauen derselben Art mit ähnlicher Ausbildung in derselben Gegend durch Arbeit zu verdienen pflegen. Grundbedingung Voraussetzung für die Gewährung der Witwenrente ist jedoch, daß der Versicherte zur Zeit seines Todes die Wartzeit erfüllt und die Anwartschaft in der Invalidenversicherung aufrechterhalten hat. Die Rente beträgt 200 Beitragswochen, wenn mindestens davon 100 auf Grund der Versicherungspflicht geleistet worden sind, andernfalls 500 Beitragswochen. Die Anwartschaft ist erfüllt, wenn innerhalb der zweijährigen Gültigkeitsdauer einer künftigen Rente mindestens 20 Wochenbeiträge entrichtet worden sind; bei Selbstversicherung sind in der gleichen Zeit mindestens 40 Wochenbeiträge erforderlich, soweit nicht mindestens 60 Beiträge auf Grund der Versicherungspflicht nachgewiesen werden. Hat die Witwe selbst Beiträge zur Invalidenversicherung gezahlt, so erhält sie in der Regel beim Eintritt des genannten Alters oder der Invalidität die Rente aus der eignen Versicherung und von der Witwenrente aus der Versicherung des verstorbenen Ehemannes die Hälfte als Zulage. Sind die weit günstigeren Voraussetzungen als Rentenantrag nach den Vorschriften der Angestelltenversicherung erfüllt, so wird das vorgesehene Witwenrentengeld aus dieser Versicherung gewährt, wobei die eventuell zur Invalidenversicherung geleisteten Beiträge bei der Rentenberechnung mit berücksichtigt werden.

Witwen, deren Männer vor dem 1. Januar 1912 verstorben sind, konnten bisher keine Witwenrenten erhalten; dergleichen nicht solche, deren Ehemänner nach dem 1. Januar 1912 verstorben sind und vorher keine Beiträge zur Hinterbliebenenversicherung gezahlt hatten. Inzwischen ist durch das Reichsgesetz über Leistungen in der Invalidenversicherung vom 12. Juli 1929 der Rechtszustand infolgedessen geändert worden, als die Renten auch den Witwen solcher Versicherten zustehen, die am 1. Januar 1912 bereits verstorben oder an diesem Tage bereits dauernd erwerbsunfähig waren und dann verstorben sind, ohne inzwischen die Erwerbsfähigkeit wieder erlangt zu haben, demzufolge keine Beiträge zu der vom 1. Januar 1912 eingeführten Hinterbliebenenversicherung gezahlt haben. Den Rentenanspruch haben nach einer in neuerer Zeit ergangenen grundsätzlichen Entscheidung des Reichsversicherungsamts auch solche Witwen, denen auf Grund des früheren Rechts die Beiträge aus der Versicherung des Mannes zurückerstattet worden sind.

Die Witwenrenten betragen sechs Zehntel der Grundbeträge und Steigerungssätze, die für den Verstorbenen maßgebend gewesen wären, und zwar unter Mitanzrechnung eines Reichszuschusses von 72 M. jährlich. Hat zum Beispiel ein Versicherter vom 1. Januar 1891 (Zurücksetzung der Invalidenversicherung) an bis zum 31. Dezember 1911, das ist rund 20 Jahre gleich 1000 Beitragswochen, Marken nach der Lohnklasse 4 entrichtet, so beträgt der Steigerungssatz für die Versicherten 200 M., für die Witwenrente demnach 120 M.; hierzu kommt 100,80 M. Grundbetrag (gleich sechs Zehntel von 168 M.) und 72 M. Reichszuschuß, so daß die Witwenrente 292,80 M. jährlich beträgt. Die Witwe würde unter Berücksichtigung der gleichen Beitragszeit in Klasse 1: 196,80 M., 2: 220,80 M., 3: 256,80 M. sowie in Klasse 5: 352,80 M. erhalten. Sind Beiträge für längere Zeit als bis 31. Dezember 1911 gezahlt worden, so erhöht sich die Rente um den Wert der für die Witwe in Frage kommenden Steigerungssätze, während Grundbetrag und Reichszuschuß gleich bleiben. Es können zur Zeit Witwenrenten in Höhe von 500 M. jährlich in Frage kommen, allerdings unter Berücksichtigung der höchsten Beitragsklasse und einer Beitragszeit vom 1. Januar 1891 bis 31. Dezember 1929. Witwen, denen nach dem früheren Recht die Beiträge des verstorbenen Ehemannes zurückerstattet worden sind, erhalten Renten in geringerer Höhe.

Es prüfe jede Witwe, welcher eine Rente nach dem bisherigen Recht nicht bewilligt werden konnte, das Versicherungsverhältnis ihres verstorbenen Mannes nach. Es

werden wahrscheinlich Hunderte von Arbeiterwitwen in Frage kommen, die nach der neuen Rechtslage einen Rentenanspruch geltend machen können. Dabei gilt die Verordnung vom 17. Juli 1929, nach der Tarifachen, die zur Begründung des Anspruchs auf Rente geeignet sind, aber nicht mehr festgestellt werden können, seitens der Versicherungsanstalten zu berücksichtigen sind, wenn sie glaubhaft gemacht werden.

Die entsprechenden Anträge sind bei dem Versicherungsamt des Wohnortes der Witwe zu stellen. Th.

Korrespondenzen

Magden. Unsere Bezirks-Hauptversammlung war, gemein an der üblichen Versammlungswägenerei, recht gut besucht. Nachdem die „Graphia“ ihre Begrüßungslieder mit gewohntem Schmelz gesungen, gab Vorsitzender Kiden einen Überblick über den derzeitigen Stand der Tarifverhandlungen. Er stellte dabei die Einmütigkeit der Mitgliedschaft fest, entschlossen in den Kampf zu treten, wenn er nötig werde. Zum Thema Restantenwesen fand ein Vorschlag Förderer, Ausschüsse in geeigneter Weise allen Kollegen namhaft zu machen, Befall und Zustimmung. In seinem Jahresbericht legte der Vorsitzende, die innerbezirklichen Vorgänge als bekannt voraussetzend, das Hauptgewicht auf die allgemeine wirtschaftliche Lage in Deutschland und beleuchtete außerdem u. a. die Novelle zum Arbeitslosenversicherungsgesetz vom November vorigen Jahres. In der Aussprache über den Jahresbericht prägte sich deutlich die starke Unzufriedenheit gegen die Aufhebung des Gauverbotgesetzes aus, die nun doch trotz aller gegenseitigen Bemühungen verwirklicht werden soll. Auf Antrag des Vorstandes erfolgt aus der Bezirksklasse eine Zuschlagung von 1 M. pro Mitglied an die Ortsklassen. Der Betrag soll zum Ausgleich für die außerordentliche Zinsanspruchnahme der Bausparanstalten verwendet werden. Der gesamte Vorstand nahm seine Wiederwahl auf ein Jahr an. — Wenn die Bezirksversammlung einen durchaus legalen Verlauf nahm, so stand unsere Ortsversammlung am 8. März völlig unter dem depressierenden Eindruck des soeben bekanntgewordenen Ergebnisses der Tarifverhandlungen. Wenn die Hoffnungen auf einen nennenswerten Erfolg der wohlgemeinten Gehilfenanträge nach Lage der Dinge schon bis auf ein Mindestmaß zurückgefallen waren, so hatte der Abbau des Magdener Lokalaufschlags doch die Gemüter wie der bekannte „Blitz aus heiterem Himmel“ getroffen. Die allgemeine Erregung machte sich sofort in äußerst bitteren Reminiscenzen über die unverständliche Aufhebung des hohen Steuerungsindex unserer Stadt, der Magden nach wie vor trotz „Befreiung“ als eine der teuersten Großstädte des Reiches kennzeichnete. Die Entzifferung der Versammlung fand ihren Niederschlag in einer Entschließung, die entschlossenen Widerspruch der Magdener Mitgliedschaft gegen die Herabsetzung des Lokalaufschlags fundiert. Lokale Verhandlungen mit der Prinzipalität des Reiches II zwecks Aufhebung dieses Abbaues und vom Gauvorfahrt Reichsamt über seine Zustimmung zu dieser ungerechtfertigten Maßnahme erwartet.

Barmen. Unsere Versammlung am 14. März fand in einem überfüllten Saale statt. Die Kollegenchaft mochte wohl durch den auf der Tagesordnung stehenden Vortrag: „Die Leistungen aus der Krankenversicherung“, besonders angeregt worden sein. Der erste Teil der Tagesordnung: Gehilfensätze, Rentenbericht und Geldbewilligung, wurde schnell erledigt und dann dem Referenten, Herrn Walter Strug, das Wort erteilt. Mit großer Sachkenntnis führte dieser die Kollegen durch das Labyrinth der Sozialgesetzgebung, speziell der Krankenversicherung. Er wird manchen von seinen Vorurteilen befreit haben. Der Vortrag wurde sehr beifällig aufgenommen. Ebenso interessant war der Bericht des Vorsitzenden Bellingraß von der Bezirksvorsteherkonferenz, in dem manches Interne aus den Tarifberatungen den Kollegen vermittelt wurde. Die sehr lebhaft diskutierte brachte zum Ausdruck, daß man der geleisteten Arbeit unserer Unterhändler Dank und Anerkennung zollen müsse, daß aber der neue Tarifvertrag keineswegs betrieblich könne. Die Verbesserungen seien nur mit der Lupe festzustellen. In der Auswertung machten sie sich wenigstens kaum bemerkbar. Daß die neue Lehrlingskassa erst im Herbst Gültigkeit erlange, sei ein großer Nachteil. Die Prinzipale propagierten jetzt schon wieder die restlose Ausnützung der Lehrlingskassa nach dem vorjährigen Gehilfenstand, der bekanntlich wegen der besseren Konjunktur ein höherer war. Der Lohnabbau (man kann das Kind ja nennen, wie man will) bzw. die Neuregelung der Lokalaufschläge im besetzten gemeinsamen Gebiet sei nach dem augenblicklichen Lebensstandard sehr unzulässig. Die Erziehung des Siebenstundentages müsse Forderung der ferneren Verbandarbeit sein. Es sei wohl kaum denkbar, daß man diesen Kampflos bekomme. Die Funktionäre aber müßten die Mitgliedschaften dafür reif machen aus Beakismus, diese Kulturforderungen zu erkämpfen. Unsere Zukunft liege in den Gewerkschaften und nicht auf den Sportplätzen!

E. Braunshweig. Zu unserer Versammlung am 11. März waren auch die nächstgelegenen Bezirksorte eingeladen worden. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken zweier Kollegen sowie des kürzlich verstorbenen Arbeitersekretärs Wesemeier in gedohnter Weise geehrt. Lehreman widmete der Vorstehende ehrende Worte für seine aufopfernde Tätigkeit für die Arbeiterschaft. Ein Kollege wurde dem Gauvorstand zur Aufnahme empfohlen. Hierauf erhielt Kollege Pfingsten das Wort zu seinem Bericht über die abgeschlossenen Tarifverhandlungen. Redner begann seine Ausführungen mit dem Hinweis auf die schwierige Situation, unter welcher die Verhandlungen geführt wurden, und ging dann näher auf die Änderungen des Tarifs ein. Was das Ergebnis anbelangt, so sei es bedauerlich, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit nicht zu erreichen war, auch andere berechtigte Wünsche der Gehilfenchaft konnten leider nicht erfüllt werden. Aber trotzdem konnte die von der Gegenseite beabsichtigte Verschlechterung des Tarifs abgewehrt

werden. Es seien sogar noch einige Verbesserungen für die Gehilfenchaft erzielt worden. Aus diesen Gründen appelliere er an die Kollegenchaft, bei der Abstimmung mit „Ja“ zu stimmen. In der hierauf folgenden Aussprache kam zum Ausdruck, daß es unsern Vertretern unter den gegebenen Umständen nicht möglich war, ein besseres Resultat zu erzielen. Hierauf wurde die Überstundenstatistik vom Dezember und Januar bekanntgegeben. Unter „Verschiedenem“ bedauerte Kollege Neufert, daß die Versammlung nicht überfüllt sei. In den größeren Betrieben, die sehr schwach vertreten waren, müßte mehr Propaganda gemacht werden. Besonders fiel es bei der Verteilung der Anwesenheitsliste auf, daß die Parteidrucker überhaupt nicht vertreten war. Die Versammlung war von etwa 150 Kollegen besucht.

Bremen. Eine gut besuchte Versammlung hielt unser Bezirksverein am 6. März im Vereinslokal. Der Bezirksvorsteher Golezti wies unter „Vereinsmitteilungen“ auf die in diesem Monat stattfindenden Betriebsräteversammlungen hin und appellierte an die Kollegenchaft, die Rechte des Gesetzes in Anspruch zu nehmen und für die Durchführung der Maßnahmen Sorge zu tragen. Ein Vorschlag des Bezirksvorstandes wurde der Versammlung unterbreitet dahingehend, daß die Sonntagsgesamtkonferenzen im Vereinslokal, die nur mäßig besucht wurden, in Zukunft nur noch monatlich an einem Sonntag abzuhalten; der Vorstand wird dann an diesen Tagen mit guter und angenehmer Unterhaltung aufwarten. Hierauf berichtete Gauvorsteher Fischer über die Manteltarifverhandlungen. In längeren Ausführungen brachte er zum Ausdruck, unter welcher schwierigen Verhältnissen die Verhandlungen diesmal standen. Mit aller Fähigkeit verteidigten die Parteien die Verwirklichung des Tarifs und es sei der Gehilfenchaft trotz des Schlichterpruches gelungen, wesentliche Verschlechterungen abzuwehren und einige Verbesserungen, dabei die heutige Wirtschaftslage in Betracht ziehend, durchzubringen. Wenn auch unsere Wünsche auf Verkürzung der Arbeitszeit nicht erfüllt wurden, um dadurch eine Verminderung des Arbeitslosenhierzes zu erreichen, so empfahl der Referent doch unter Berücksichtigung des Auftrages im „Korr.“ die Annahme des Manteltarifs durch die Abstimmung. In der Aussprache beteiligten sich fünf Kollegen, von denen zwei für Ablehnung plädierten. Einer ließ die bekannte kommunistische Walze abrollen. In seinem Schlusswort beantwortete Kollege Fischer die aufgeworfenen Fragen und erteilte dem kommunistischen Redner die nötige Wahrung unter großer Zustimmung. Sodann wurde die Neuwahl des Gauverwaltungsleiters vorgenommen. Infolge Ablehnung sah sich der bisherige Gauverwaltungsleiter Kollege Wüders veranlaßt, sein Amt niederzulegen. An seine Stelle wurde Kollege Liebertz gewählt. Unter „Verschiedenem“ erinnerte Kollege Glimers an den „Tag des Buches“ und forderte die Kollegen auf, in allen Kreisen der Arbeiterschaft für die Büchergilde „Gutenberg“ zu wirken.

Breslau. Nur ein einziger Tagesordnungspunkt beschäftigte uns außerordentliche Versammlung am 9. März, Gauvorsteher Klebner, erstattete Bericht über die Manteltarifverhandlungen. In anerkennend-kritischen Ausführungen schilderte er die chronologische Entwicklungsgang der drei Wochen dauernden Beratungen. Auf allen Gebieten unseres Tarifs zeigten die Unternehmer Währungsansätze, die bei Annahme wesentlicher Verschlechterungen zur Folge gehabt hätten. Trotzdem sei es uns gelungen, alle Angriffe abzuwehren und darüber hinaus noch einige Verbesserungen zu schaffen. Die Lohnstaffelung der Altersklasse C beginnt nicht mehr bei 24 Jahren wie bisher, sondern bereits bei 23 Jahren. Die Überstundenfrage soll strenger wie bisher beachtet werden. In der Urlaubsfrage wird jetzt neben der Betriebszugehörigkeit auch die Berufszugehörigkeit wieder teilweise in Betracht gezogen. Nichts erreicht wurde auf dem uns am stärksten interessierenden Gebiete der Arbeitszeitverkürzung. Kollege Fiedler empfahl Zustimmung für den Manteltarif bei der am 17. März stattfindenden Abstimmung. In der Diskussion nahm Kollege Sporn ausführlich zu dem gesamten Ergebnis eine ablehnende Stellung ein und betonte im Auftrage des Ortsvereinsvorstandes, daß dieser den Breslauer Kollegen Ablehnung dieses Manteltarifs empfehle. Die weiterhin zu Wort kommenden Debattierenden schlossen sich reiflich den Ausführungen an, so daß nachstehende Entschließung des Ortsvorstandes einstimmig zur Annahme gelangte: „Die am 9. März im großen Saale des Gewerkschaftshauses abgehaltene außerordentliche Mitgliederversammlung lehnt den Entwurf zum neuen Manteltarif auf das entschiedenste ab und ist bereit, ihre ablehnende Einstellung auch durch die Abstimmung zu bekräftigen. Der neue Tarif kommt in der Haupt- und Lebensfrage der Gehilfen, Verkürzung der Arbeitszeit, in keiner Weise entgegen, auch die Lehrlingskassa und deren Regelung kann uns nicht befriedigen. Wir stellen fest, daß dem § 1 Absatz 2 unserer Verbandsstatuten, „Erzielung möglichst günstiger Arbeitsbedingungen“, nicht Rechnung getragen wurde. Wir erwarten, daß auch die übrige Kollegenchaft im Reiche diesen Manteltarif ablehnt und dadurch ihre Kampfbereitschaft zum Ausdruck bringt. Vom Verbandsvorstand fordern wir Vorbereitung des Kampfes über ganz Deutschland.“

Chemnitz. Unsere Bezirksversammlung am 9. März war gut besucht. Vor Eintritt in die Tagesordnung sang der „Gutenbergs“ das Lied „Gibt Raum!“ Hierauf erhielt Gauvorsteher Dertelt das Wort zum Bericht von den Tarifverhandlungen. Die Ausführungen waren für die Kollegen sehr interessant, wenn auch die Ergebnisse der Manteltarifverhandlungen durch den „Korr.“ bereits bekannt waren. Über die „Großzügigkeit“ der Prinzipale hatte sich wohl kein Kollege Täuschungen hingeben, um so mehr ist anzuerkennen, daß im allgemeinen Verschlechterungen abgewehrt und trotz der schlechten Wirtschaftslage einige Verbesserungen erzielt wurden. Zum Schluß seiner Ausführungen empfahl Kollege Dertelt den Kollegen die Annahme des neuen Manteltarifs. In der Aussprache lehnte Kollege Wierbaum den neuen Tarif ab, daß zum Besten, wie er sich die Tarifverhandlungen vorstellte und wollte in den Kampf eintreten. Die Kollegen Kerst, Kappe und Dertelt (im Schlusswort) führten die Ausführungen Wierbaums

auf das gebührende Maß zurück, denn allen noch so gut gemeinten Forderungen nach dem Siebenfundentag steht gegenwärtig die Durchsetzungsmöglichkeit entgegen. Die hierauf folgenden Ausführungen des Kollegen Hohlwein über die Bedeutung der „Volksfürsorge“ für die Arbeiterschaft hätten mehr Aufmerksamkeit verdient.

Donaueschingen. In der Hauptversammlung am 8. März war gut besucht. Vorhergen Rüdolph erstattete einen ausführlichen Jahresbericht. Der abgegebene Manteltarif wurde von ihm den näheren behandelt und den Mitgliedern empfohlen, bei der Urabstimmung ihre Stimme nach reiflicher Überlegung abzugeben. Dem Verbandsvorstand und den Gehilfenvertretern sei für ihre schwierige Tätigkeit der Dank der Mitglieder sicher, wenn auch nur minimale Zugeständnisse erreicht wurden. Sie haben alles versucht, aber auf der anderen Seite fehlt eben das soziale Verständnis für die dringend notwendige Verminderung der großen Arbeitslosigkeit in unserm Gewerbe. Für seine einwandfreie Raufenführung wurde Jodann dem Kollegen Hohlwein einstimmig Entlastung erteilt. Einige von letzter Verammlung zurückgestellte Anträge wurden erledigt. Die Vorstandswahl ergab die einstimmige Wiederwahl sämtlicher Vorstandsmitglieder mit Ausnahme des Belegsleiters, dessen Posten Kollege W. Rupperecht übernahm. Daran anschließend wurden die beiden Vertreter im Ortsausschuß wiedergewählt.

F. E. Dresden. In unserer Versammlung vom 5. März gab Gauvorsitzer Sahlmann den Bericht über die Manteltarifverhandlungen. Er schilderte in anschaulicher Weise die Schwierigkeiten, die hierbei zu überwinden waren, sowie die Fähigkeit der beiden Parteien und wie immer wieder versucht wurde, in Redefächeln für die gestellten Forderungen zu gewinnen. Das Schmerzwort der Gehilfenanträge lag in der beantragten Verkürzung der Arbeitszeit, die in der Hauptsache deshalb gefordert wurde, um die vielen Arbeitslosen wieder zum Teil in den Produktionsprozeß einreihen zu können. Auch die Neuregelung des Urlaubs, die Überstundenfrage, die Bezahlung aller Feiertage und die Herabsetzung der Belegstufen waren heiß umstrittene Punkte. Vor allem machte sich auf der Gegenseite in noch viel krasserem Maße als früher das juristische Element überwiegen bemerkbar. So konnte es nicht wunder nehmen, daß man nach einer vollen Woche Verhandlungsbauer sich noch mit keinem Schritt nähergekommen war. Daß die Verschleiserungsanträge der Unternehmer keine sogenannten Demonstrationsanträge, sondern durchaus ernst gemeint waren, war jedem Einsichtigen klar, und so versuchten sie auch, die bestehenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten gegen die Gehilfenvertreter mit allen Mitteln auszunutzen. Trotz der großen Arbeitslosigkeit in unserm Beruf und trotz vielfacher Kurzarbeit verlangten die Unternehmervertreter weiteres Entgegenkommen in der Überstundenfrage sowie in Leistung von Sonntagsarbeit. Daneben sollte die Rationalisierung in noch größerem Ausmaße gestärkt werden, eine schrankenlose Ausnutzung der Maschinen und eine weitere Verstärkung der Kontrolle der Maschinen und der Beschäftigten im Tarif seine Verankerung finden. Erst durch eine bis ins kleinste ausgefüllte Kontrolle sei es möglich, den tüchtigen Arbeiter herauszufinden und ihm durch Leistungszulagen einen „gerechten“ Lohn zu sichern. Man war sehr erntet, als bei allen diesen „gutgemeinten“ Anträgen die Gehilfenvertreter die Gefolgshaft versagten. Auch war man so menschenfreundlich, den Versuch zu machen, bestehende Gehege, die für den Arbeiter irgendwie günstig sind, dadurch unwirksam zu machen, daß gewisse Klauseln im Tarif Aufnahme finden sollten. Daß sich die Gehilfenvertreter die denkbar größte Mühe gaben, die Unternehmer davon zu überzeugen, daß unser Gewerbe wohl niemals mehr in die Lage kommt, alle vorhandenen Arbeitslosen aufnehmen zu können, und daß es schon aus diesem Grunde notwendig ist, die Arbeitszeit zu verkürzen, ist eine Selbstverständlichkeit. Aber alle gut und wirksam vorgetragenen Begründungen scheiterten an der Halsstarrigkeit der Unternehmer. Die Verhandlungen mußten als erfolglos abgebrochen werden, da man sich auch in den eingeleiteten Kommissionen in keinem Punkte einigen konnte. So blieb weiter nichts übrig, als das tariflich vorgesehene Zentralstichtungsamt anzurufen. Doch auch hier blieben die Verhandlungen über die im Interesse der Arbeitslosen stehende Verkürzung der Arbeitszeit ergebnislos, obwohl sie von uns bis zum letzten Tage mit allen Kräften verfolgt wurde. Wir waren und sind uns klar darüber, daß wir in dieser Frage nicht nur unsere Unternehmer, sondern alle kapitalistischen Widerstände als festes Bollwerk gegen uns haben. Wenn uns auch hier der praktische Erfolg versagt geblieben ist, so hat doch der Buchdruckerverband den ersten Vorstoß in dieser Frage unternommen. Er wird nicht begraben werden, sondern immer und immer wieder werden wir darauf zurückkommen, um die Verkürzung der Arbeitszeit endlich mit oder ohne den Willen der Unternehmer zu erringen. Der Referent ging dann die einzelnen Paragraphen unseres Manteltarifs durch, wie sie nun formuliert worden sind. Es konnte dabei festgestellt werden, daß es nicht nur gelungen ist, alle beantragten Verschleiserungen der Prinzipalsätze abzuwehren, sondern trotz der ungünstigen Konjunktur noch kleine Verbesserungen zu erzielen. Wir wissen, so führte Kollege Sahlmann weiter aus, daß wir keine Ursache haben, diese Erfolge in den Himmel zu heben. Aber es ist uns gelungen, trotz denkbar ungünstigster wirtschaftlicher Lage nicht nur die geplanten Verschleiserungen abzuwehren, sondern noch Erfolge, wenn auch nur geringe, zu erzielen. Die Unternehmer wollten den Tarif auf fünf Jahre abschließen. Das konnten wir nicht mitmachen, und so ist er auf zwei Jahre abgeschlossen worden. Unser Mitglieder haben nun durch Urabstimmung zu entscheiden, ob sie dem Tarif ihre Zustimmung geben wollen oder nicht. Die Gehilfenvertreter haben sich in Abrechnung mit dem Verbandsvorstand entschieden, diesem Tarif zuzustimmen. Wägen sich die Mitglieder ebenfalls ihrer Verantwortung bewußt sein und hinter ihren Führer stehen. Diesem mit Beifall aufgenommenen Bericht folgte eine Aussprache. Kollege Hohlwein erkannte an, daß der neue Tarif in verschiedenen Punkten einer besseren Auslegung die Hand bietet. Auch über die Senkung der Belegstufen könne man erfreut sein. Aber es sei nichts gewonnen, um die Arbeitslosen unterzubringen. Er zweifelte deshalb

an dem Ernst der Gehilfenvertreter in der Frage der Arbeitszeitverkürzung. Durch die neue Klausel in der Ferienfrage, wo bei Kurzarbeit auch nur der Lohn gezahlt wird, der zur Zeit der Ferien verdient wird, würde ein großer Teil der Kollegen getrogen. Er war deshalb für Abschaffung des Tariffs und plädierte dafür, den Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit zu führen. Auch Kollege Hoppfisch führte aus, daß wir uns einer Illusion hingeben würden, wenn wir glauben wollten, daß die Gehilfenvertreter bezüglich der Verkürzung der Arbeitszeit wirklich energisch vorgehen wollten. Es gälte deshalb, von uns aus den Kampf einzuleiten und zu organisieren. Der Abschluß des Tariffs bedeute für viele Arbeitslose, daß sie nun wieder weiter stempeln gehen müssen. Dazu komme die Rationalisierung, die weitere Arbeitslosigkeit schaffe. Im Hinblick auf den Siebenfundentag veranlaßt, dort würde wirkliche proletarische Kulturarbeit geleistet. Daran mühten wir uns ein Beispiel nehmen, um es ebenso zu machen. Das fehlte gerade noch! Schrift! Diesen beiden Rednern trat Kollege Scholz wirksam entgegen. Die Verkürzung der Arbeitszeit sei ein internationales Problem, das keine einzelne Gewerkschaft von sich aus lösen könne. Schon Marx und Engels haben die industrielle Entwicklung mit ihrer Verelendung prophezeit, die wir jetzt eben durchmachen müssen. Auch die Rationalisierung sei selber für die Arbeiterschaft nicht abwendbar. In Zukunft hat man ebenfalls rationalisiert und ein Arbeitslosenheer dadurch geschaffen. Auch dort macht die Technisierung und Rationalisierung ungeheure Fortschritte. Wir in Deutschland stehen der Erscheinung ebenso machtlos gegenüber, wie die Arbeiterschaft in allen Kulturländern. Nicht durch vieles Reden und Bspredrehen kann dieser Zustand beseitigt werden, sondern nur dadurch, daß man Aufklärung in die Massen bringt. Nur 30 Proz. aller Werkstätten sind in Gewerkschaften oder Nützigen organisiert. Die überwiegende Mehrheit steht gleichgültig abseits, zum Teil uns feindselig gegenüber. Erst wenn es uns gelungen ist, die Mehrheit der Proletarier gewerkschaftlich zu erfassen, die Gefolgshaft der Arbeiterschaft zu erringen, erst dann wird es möglich sein, die Technisierung und die Rationalisierung auch für die Arbeiterschaft segensreich zu gestalten. Dann erst können wir die Vorteile der industriellen Entwicklung umwerten in kürzere Arbeitszeit und auskömmlichen Lohn. Der nachfolgende Redner, Kollege Siegmund, war in seinen Ausführungen schwer verständlich. Er lehnte den Tarif in der vorliegenden Fassung ab. Kollege Sahlmann stellte die Frage, was dann geschehen solle, wenn wir den Manteltarif ablehnen. Darauf sei bis jetzt noch kein Redner eingegangen. Jedenfalls habe doch niemand ernstlich geglaubt, daß uns der Siebenfundentag beim ersten Anlauf in den Schoß falle. Kollege Hohlwein machte noch einmal längere Ausführungen, die dahin ausliefen, die Kollegen solle sich doch nicht von den Gewerkschaftsführern verführen lassen. Ihm erwiderte noch einmal Kollege Scholz, man solle sich noch weit weniger von oppositionell eingestellten Kollegen irreführen lassen. Ehe man einen Kampf propagiert, muß man sich auch über den Erfolg klar sein. Es wäre verberberisch gehandelt, die Kollegen in einen Kampf zu führen, der von vornherein vor jedem Einsichtigen als aussichtslos angesehen werden muß. Das Schlußwort des Kollegen Sahlmann war äußerst wirkungsvoll. Man solle doch endlich mit der Wut aufhören, die Gewerkschaftsführer als Heule zu betrachten, die nicht mehr mit der Arbeiterschaft fühlen können und bei Verhandlungen den notwendigen Ernst vermissen ließen. Er wünschte nur, daß einmal diese Kritiker solchen wochenlangen nervenaufreibenden Verhandlungen beiwohnen könnten. Viele berechtigte Wünsche scheitern eben an den harten Tatsachen des realen Lebens. Das sei bedauerlich, aber nicht zu ändern. Nach einigen kurzen gefühlvollen Mitteilungen erfolgte Schluß der von ungefähr 1400 Kollegen besuchten Versammlung.

K. Duisburg. Zu einer außerordentlichen Versammlung am 15. März hatten sich am 15. März 230 Kollegen im „Volksheim“ Wülheim an der Ruhr eingefunden, um Stellung zum Tarifschluß zu nehmen. Kollege Fette ging in einem anderthalbstündigen Referat ausführlich auf die Änderungen des Tariffs ein. Er bedauerte, daß die Verhandlungen keine Verkürzung der Arbeitszeit brachten und die Neuregelung der Ortszuschläge im Kreise II für einzelne Orte eine ungünstige Festschließung erfahren habe. Diesen beiden Punkten, die in dem Gesamtergebnis der diesmaligen Tarifverhandlungen auf der Verlustseite zu buchen seien, ständen jedoch eine Reihe von Verbesserungen des bisherigen Manteltarifs gegenüber, die in ihrer Gesamtheit und Auswirkung es wohl gerechtfertigt erscheinen lassen, dem neuen Tarif zuzustimmen. Redner empfahl am Schluß seiner Ausführungen den durch die Revision der Ortszuschläge benachteiligten Kollegen, daß, wenn es ihnen auch nicht leicht fallen würde, den jetzigen Vereinbarungen ihre Zustimmung zu geben, doch bei der Urabstimmung das große Ganze nicht aus dem Auge zu verlieren und die schwierige Arbeit unserer Tarifunterhändler bei der augenblicklich herrschenden solchen Konjunktur zu berücksichtigen. In der sich anschließenden regen Aussprache plädierten zwei Kollegen für ein glattes „Nein“ am Urabstimmungstag, da das Ergebnis der diesmaligen Tarifverhandlungen beargwünzigt sei, daß man nicht für die Annahme des Tariffs stimmen könne. Alle übrigen Redner jedoch betätigten sich in ihren Ausführungen die augenblickliche schlechte gewerbliche Lage und zollten den Gehilfenvertretern Dank, daß es ihnen, trotz der für uns ungünstigen Situation, gelungen ist, nicht nur die Verschleiserungsanträge der Prinzipale abzuwehren, sondern darüber hinaus noch einige Verbesserungen herauszuholen. Einmütig aber wurde bedauert, daß man einem Abbau des Ortszuschlages für Wülheim und Oberhausen keine Zustimmung gegeben hat, sei es doch unbefriedigend, daß an diesen beiden Orten die Lebensverhältnisse nachweisbar ebenso teuer sind wie in den benachbarten Großstädten.

St. Erfurt. Am 9. März fand unsere gut besuchte erste diesjährige Versammlung statt. Nach Begrüßung der Er erschienenen durch Kollegen Stange erreichte der „Gutenberg“ durch ein Weibchen. In seinem Jahresbericht führte Kollege Stange aus, daß wir wohl von der ganzen Nachkriegszeit nicht besonders Glückliches, von Jahre 1929 aber nur Schlechtes zu sagen hätten hinsichtlich Arbeitslosigkeit und Krankheitsfälle. In bezug auf

Agitation könne er feststellen, daß er ebenfalls während der ganzen 4 Jahre, die der Bezirk Erfurt bestanden und von denen er über 30 Jahre an der Spitze gestanden, niemals einen so trüben Bericht gegeben, wie über das Jahr 1929. Betrag in den Vorkriegsjahren die Arbeitslosigkeit 2 bis 3 Proz., so stieg sie 1929 auf 10 bis 12, teilweise bis 15 Proz. an. Aus diesem Grunde seien die Anträge der Gehilfen auf Verkürzung der Arbeitszeit verständlich. Um die vielen Arbeitslosen unterzubringen, gibt es keine andere Möglichkeit. Wenn es den Organisations- und Gewerkschaften nicht gelingt, eine Arbeitszeitverkürzung herbeizuführen, werde es wohl bald vom Staat gefordert werden. In 24 Druckorten des Bezirks sind 99 Druckereien vorhanden. Beanstandungen, teilweise auch Klagen wegen übermäßiger Belegung oder mangelhafter Ausbildung wurden erfolgreich durchgeführt gegen Firmen in Heldringen (Firma Tängel), Greußen (Röhler), Sommerda (Sommerdaer Zeitung), Arnstadt (Sommer) und Gebeke sowie andere Differenzen in Jena-Mehlitz (Firma Schröder). Die Mitgliederzahl im Bezirk stieg von 615 auf 642 und erreicht mit den Belegungen 800 Köpfe. In den letzten fünf Jahren ist die Mitgliederzahl um 100 gestiegen. Satten wir 1928 an Arbeitslosenunterstützung 6600 M. ausgegeben, so stieg 1929 diese Summe auf 14 100 M. Zur Vorstandswahl erklärte Kollege Stange, daß das Amt des Orts- und Bezirksvorsitzenden stets in einer Hand gelegen habe. Der neue Bezirksvorstand setzt sich u. a. zusammen aus den Kollegen König als erstem Vorsitzenden und Siegel als Kassierer. Kollege Reichardt dankte dem Kollegen Stange für seine vielen bisher dem Bezirk geleisteten Dienste und wünschte ihm einen frohen, gesunden Lebensabend. Anwesend waren 211 Kollegen aus Erfurt, 133 von auswärts, 344 insgesamt. Der Bericht des Kollegen Wieselmann über die Manteltarifverhandlungen wurde entgegengekommen und der Entkündigung hinsichtlich der Arbeitszeitverkürzung Ausdruck gegeben. Gelingt es den Organisationen nicht, durch Vereinbarungen mit den Unternehmern eine Verkürzung der Arbeitszeit herbeizuführen, so wird wohl das Arbeitslosenproblem die Regierung bald zum Eingreifen zwingen. Die neuen Tarife sollen für alle Mitglieder aus der Bezirkskasse bezahlt werden. Als Ort der nächsten Bezirksversammlung wurde Jena bestimmt.

Eutin i. Holst. Am hier am 9. März abgehaltenen Bezirksversammlung nahmen etwa 50 Proz. der Mitglieder des Bezirks teil. Bevor in die Tagesordnung eingetreten wurde, gedachte Vorsitzender Schindler in ehrenvollen Worten unseres kürzlich verstorbenen Kollegen Dehn, der über 50 Jahre dem Verband angehörte. Die Feststellung der Anwesenheitsliste ergab, daß aus einem Druckort, wo neun Kollegen beschäftigt sind, nicht ein einziger es für nötig befunden hatte, an der Versammlung teilzunehmen. Den Bericht von den letzten Tarifverhandlungen erstattete Kollege Wieselmann vom Gauvorsitzenden Riel. Der Referent verstand es in geschickter und erhellender Weise, das Für und Wider des neuen Tarifs den Kollegen vor Augen zu führen. In der nachfolgenden Aussprache wurde folgende Entscheidung angenommen: „Die am 9. März tagende Bezirksversammlung des Bezirks Eutin bedauert aus lebhaftesten das geringe Verständnis der Prinzipalvertreter, daß diese bei den Tarifverhandlungen der großen Erwerbslosigkeit entgegengebracht haben. Bei einer Herabsetzung der wöchentlichen Arbeitszeit hätte sich die Versammlung mit dem bisherigen Lohn zufrieden geben können, muß aber jetzt auf einer entsprechenden Lohnherabsetzung bestehen. Im übrigen finden sich die Kollegen mit den Verhandlungsergebnissen ab und erkennen nach einem aufklärenden Vortrag des Kollegen Wieselmann (Riel) die von ihren Vertretern in Berlin geleistete Arbeit an.“ Als Tagungsort der nächsten Bezirksversammlung wurde, falls eine Zusammenkunft mit dem Bezirk Riel nicht möglich ist, Wülzburg bestimmt. Die tariflichen Verhältnisse in allen Orten des Bezirks sind gut zu nennen. Zum Schluß forderte Kollege Wieselmann noch die Kollegen auf, sich den einzelnen Sparten anzuschließen.

Frankfurt a. M. In unserer sehr gut besuchten Versammlung vom 11. März erfolgte nach Erledigung der geschäftlichen Mitteilungen unter Mitwirkung des Gewerkschaftsvereins „Gutenberg“ die Erhebung des Kollegen Gustav Meckel, der auf eine 50jährige Mitgliedschaft zurückblicken kann. In herlicher Weise feierte Gauvorsitzer Nepeck den Jubilar und erinnerte an die Zeit um 1880, in welcher noch persönlicher Bekanntheit dazu gehörte, sich unserer Organisation anzuschließen. Mit der Gratulation im Namen des Verbandes, Gau- und Bezirksvorstandes wurde dem Jubilar die offizielle Verbandsbriefschale mit Widmung und Inbalt übergeben. Kollege Meckel betonte in seinen Dankesworten, daß er lebhaft seine Pflicht getan hätte. Mit besonderer Zustimmung der Versammlung wurde der Beschluß des Gauvorstandes entgegengekommen, daß von einer 50jährigen Gaujubiläumfeier im Juni d. J. abgesehen und die hierfür bereitgestellten Mittel, etwa 1000 M., anlässlich des 30. Jahrestages 1930 an unsere Arbeitslosen und inaktiven Kollegen zur Verteilung kommen sollen. Sodann referierte Kollege Nepeck über das Ergebnis der Manteltarifverhandlungen. Er ließ die einzelnen Bestimmungen unseres Manteltarifs an denen Änderungen vorgenommen wurden, vorbeziehen unter Gegenüberstellung der beiderseitigen Anträge hierzu. Die Fähigkeit, mit der um eine Verkürzung der Arbeitszeit gerungen wurde, bekämpft selbst das Organ der Prinzipalität, und jeder denkende Kollege könne sich an der Erklärung der Prinzipalität, selbst eine Arbeitszeitverkürzung von zehn Minuten nicht geben zu können, auch wenn diese auf Kosten der Gehilfen ginge, ein Bild machen, wie „weit“ die Erkenntnis der unbedingt notwendigen Senkung unserer Arbeitslohnziffer bei ihnen Platz gegriffen hat. Die Erledigung des Hochstuhles mit der Vollendung des 23. Lebensjahres sei als Erfolg zu buchen. Mit der Feststellung, daß der Verhandlungskörper unserer Organisation das möglichste geleistet hätte, stellte Referent seinen Bericht zur Diskussion. Die Diskussionsredner übten in stattdiger Anzahl Kritik. Die Stimmung der Versammlung fand ihren Niederschlag in folgender Entschliessung: „Die Versammlung des Bezirks Frankfurt am Main des Verbandes der Deutschen Buchdrucker bedauert, daß der abgeschlossene neue Manteltarif in keiner

Weise der heutigen Arbeitsmarktlage Rechnung trägt. Mit Genugtuung stellt sie jedoch fest, daß die Vertreter der Gewerkschaft alle beschäftigten Verflechtungen abwechselnd und gerade die Forderung nach einer Verringerung der Arbeitszeit immer wieder in den Vordergrund der Verhandlungen stellten, um eine Milderung der katastrophalen Arbeitslosigkeit zu erreichen. Die Verarmung hält auch ihrerseits an dieser Forderung fest, sieht aber ein, daß unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse ein Kampf zur Erreichung dieses Zieles gegenwärtig erfolglos wäre. Sie fordert deshalb die Kollegenschaft auf, sich bei der Abstimmung am 17. März hinter den Aufruf der Verhandlungskommission zu stellen. In der Abstimmung wurde diese Entschließung mit allen gegen sechs Stimmen angenommen.

Freiburg i. B. Unsere Ortsversammlung am 13. März nahm den Bericht unseres Gauvorsitzers Sandfort über die Manteltarifverhandlungen entgegen. Mit größter Aufmerksamkeit folgten die zahlreich erschienenen den äußerst interessanten Ausführungen des Referenten, der die einzelnen Verhandlungsschritte in anschaulicher Weise vor Augen führte. Deutlich zeigte er die ungeheuren Schwierigkeiten, die durch die unüberbrückbaren Gegensätze in der Antragstellung zur Folge traten. In kurzer Aussprache wurde über Annahme oder Ablehnung des neuen Tarifs diskutiert. Wenn auch der größte Teil unserer Wünsche in puncto Arbeitszeit, Urlaub, Feiertagsbezahlung, Lehrlingsbestimmungen usw. nicht erfüllt wurde, so sei doch anzuerkennen, daß unsere Vertreter ihr Möglichstes zur Erhaltung und Verbesserung der bisherigen Tarifbestimmungen getan haben. Auch die Freiburger Mitgliedschaft ist sich ihrer Verantwortung bei der Urabstimmung bewußt. Im Anschluß hieran brachte Vorsitzender Scheerer Einzelheiten über den geplanten Anschluß unseres paritätischen Arbeitsnachweises an den staatlichen Nachweis zur Kenntnis. Nach reiflicher Aussprache wurde dessen Eingliederung als besondere Sachabteilung beschlossen. Die Verwaltung übernimmt ein seit Jahren beim Arbeitsamt tätiger Kollege.

Göttingen. Unsere Bezirksversammlung am 9. März hatte sich eines guten Besuchs zu erfreuen. Im Vordergrund des Interesses standen die Berichtserstattung und Erläuterung über die Manteltarifverhandlungen und das Gesicht des neuen Tarifs durch unseren Gauvorsitzenden Pfinckten (Sannover). Redner schilderte die Schwierigkeiten, denen unsere Vertreter in ihrem Bemühen, den Arbeitslosen Brot und Arbeit zu verschaffen, gegenüberstanden, so daß erst das Nachwort des Schlichters einen annehmbaren Tarif geschaffen hat. In Berücksichtigung der ganzen wirtschaftlichen und politischen Situation empfahl er die Vereinbarungen zur Annahme. Zur Entgegennahme dieses Berichts waren auch die gesamten Bezirksvorsitzenden des Gauess Sannover anwesend, die im Anschluß daran zu einer Aussprache zusammentraten. Ferner hielt Kollege Behrens (Sannover) ein Referat über die Notwendigkeit der Gründung einer Handwerksparität. Es wurde die Bildung einer Kommission vorgenommen, die das Weitere veranlassen wird. Zum Schluß wurde das Andenken an den kürzlich nach 40jähriger Mitgliedschaft verstorbenen Kollegen Johannes Schmidt von der Versammlung geehrt.

E. Hagen i. B. Am 11. März fand hier eine statt besuchte Bezirksversammlung statt, an welcher auch die Vertrauensmänner aus fast allen Orten des Bezirks teilnahmen. Es galt, den Bericht unseres Bezirksvorsitzenden Gerhard Rentrop von der Bezirksvorstandskonferenz über die Manteltarifverhandlungen entgegenzunehmen. Im äußerst sachlicher Weise gab der Referent eine kurze Schilderung der Tagung und besprach dann alle Paragraphen resp. deren Änderungen, die Verbesserungen wie auch die Nachteile heraushebend. In der Debatte äußerten sich zunächst die Vertrauensleute aus dem Bezirk, keiner übte Kritik an den Ausführungen Rentrops, alle aber fanden einmütig — und in dieser Richtung sprachen sich auch nachher die Kollegen von Hagen aus — auf dem Standpunkt, daß der Tarif fast keinerlei Verbesserungen, desto mehr aber an Verschlechterungen bringe. Man verkannte nicht, daß unsere Vertreter sicherlich einen harten Abwehrkampf geführt, doch bedeute für die Gewerkschaft der stete Abwehrkampf schon mehr Abbau statt Aufbau. Aus diesem Grunde forderten alle Diskussionsredner Ablehnung des Tarifs bei der Urabstimmung, weil die Verschlechterungen gegenüber den kleinen Verbesserungen zu groß seien.

Halle a. d. S. Unsere Bezirksversammlung am 4. März hatte einen guten Besuch aufzuweisen. Der Vorsitzende begrüßte eingangs der Versammlung die von Wertheburg erschienenen Kollegen und erteilte dem Gauvorsitzenden König das Wort zur Berichtserstattung über die Tarifverhandlungen. Dieser ließ bei seinen Ausführungen durchblicken, daß es nicht so einfach war, die Anträge der Prinzipale, die ja nur Verschlechterungen aufwiesen, abzuwehren. Das größte Augenmerk haben die Gewerkschaften der Arbeitszeitverkürzung gewidmet, ohne aber trotz aller Anstrengungen Erfolg damit zu haben. Redner betonte am Schluß seiner Ausführungen, daß nach Lage der Verhältnisse leider nicht mehr zu erreichen gewesen wäre und wünschte, daß bei der Urabstimmung sich jeder sein Ja oder Nein reiflich überlege. Vorsitzender Riebenastahl stellte nacheinander die Ausführungen des Kollegen König zur Diskussion. Doch siehe da, ein seltenes Ereignis trat in Erscheinung: Kein einziger Kollege meldete sich als Diskussionsredner. Das war doch bestimmt ein Zeichen, daß die sonst so rabiaten Wollstauer sich mit der Arbeit der Gewerkschaften einverstanden erklärten. Sie müssen's ja auch; den im eigenen Betriebe riecht es selbst sehr, sehr sauer. Unter „Mitteilungen des Vorstandes“ gab Kollege Riebenastahl den Bericht vom Arbeitsnachweis, der leider immer noch 184 arbeitslose Kollegen aufweist. Ferner machte er auf die in diesem Monat stattfindenden Betriebsratswahlen aufmerksam. Betriebe, in denen keine Betriebsvertretung zustande kommt, müßten dem Arbeitersekretariat gemeldet werden, um die Wahl einer Betriebsvertretung von hier aus zentral einzuflechten. Die ausgearbeiteten konditionslosen Kollegen wurden auf die unentgeltliche Abgabe von Mittagessen in der Kolsterküche und Artilleriekaserne aufmerksam gemacht. Abschluß gab Kollege Feuerhahn den Kassenbericht, der gedruckt vorlag. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt.

Jena. Am 16. März fand unsere Frühjahrs-Bezirksversammlung in Kahla statt. Sie fand im Zeichen der Berichtserstattung von den Manteltarifverhandlungen. Der Besuch war als gut zu bezeichnen. Kollege Thiem begrüßte die anwesenden Kollegen, darunter Gauvorsitzender Wislaug, und sprach den Dank aus für die vorausgegangene impulsive Aufführung „Der erste Tag“ des Sprechchors der Sozialistischen Arbeiterjugend Kahla. Gleich zu Anfang setzte eine scharfe Diskussion über eine Erklärung zum Protokoll ein, die abgelehnt wurde. Nach den Mitteilungen folgte der Bericht über die Manteltarifverhandlungen durch Kollegen Wislaug. Er hob im Besonderen die Punkte aus den Verhandlungen heraus, die von Wichtigkeit waren. Wenn die Anträge der Prinzipale, so faßungsfähig sie auch gewesen sind, um so genauer unter die Lupe genommen werden, kann gesagt werden, daß immerhin ein Erfolg zu verzeichnen ist. Daß die Ausführungen auf guten Boden gefallen waren, bewies der starke Beifall. Die Opposition wandte sich gegen die angeblich einseitige Beeinflussung der Mitglieder durch den „Korr.“ und die Berichtserstattung und lehnte den Manteltarif ab. Die Forderung des Siebenstundentages wurde von der Opposition als auch von anderen Rednern aufrechterhalten. Die Verkürzung der Arbeitszeit könnte durch Gesetz erreicht werden, wenn die Arbeiterkraft im Kampf einig und geschlossen hinter dem ADGB stünde. Aber diese Voraussetzung ist bei der SPD nicht gegeben, da sie ihre revolutionäre Verheißung in der Arbeiterkraft weiter führen wird. Mit 83 Stimmen kam folgende Resolution zur Annahme: „Die in Kahla tagende Versammlung des Bezirks Jena am 16. März 1930 erklärt sich mit den Ergebnissen der Verhandlungen unter den gegebenen wirtschaftlichen Verhältnissen des Manteltarifs einverstanden und spricht ihren Vertretern für ihr aufrechterhalten für die Gewerkschaften ihren Dank aus. Sie beauftragt jedoch, daß infolge der reaktionären Haltung der Prinzipale eine Arbeitszeitverkürzung nicht erreicht werden konnte. Veranlaßt durch die ablehnende Haltung des Schlichtungsausschusses betreffs einer Verkürzung der Arbeitszeit im Buchdruckgewerbe richtet sie an den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund die Forderung, unverzüglich mit den wirtschaftlichen und politischen Führern sowie den Reichstagsabgeordneten der Arbeiterparteien zwecks Schaffung eines Notgesetzes zur Verkürzung der Arbeitszeit und Unterbringung der Erwerbslosen aller Berufe in Verbindung zu treten. In Vorschlag wird gebracht, ähnlich dem Gesetz zur Unterbringung der Kriegsinvaliden, die Unternehmer zu verpflichten, bei einer bestimmten Arbeiterzahl eines Betriebes einen Erwerbslosen einzustellen. Eine Kürzung des Lohnes darf bei Arbeitszeitverkürzung nicht erfolgen. In Erwägung zu ziehen ist auch eine durch Gesetz vorgelegte Invaldisierung aller Arbeiter und Beamten über 65 Jahre, damit deren Arbeitsplätze von jüngeren Berufsangehörigen besetzt werden können.“ Aus dem Kassenbericht war ein Bestand von 725 M. zu erkennen. Dem Kassierer wurde einstimmig Entlastung erteilt. Als nächster Tagungsort wurde Jena bestimmt. Unter „Beschlüssen“ wurde nochmals eine Resolution über die Berliner Ausschüsse eingebracht, die die Aufhebung der Ausgüsse forderte. Sie wurde aber nach kurzer Debatte abgelehnt. Der Antrag, ein „Bezirksjubiläum“ in Kahla abzuhalten, konnte nicht als diskutabel erachtet werden.

Kiel. Am 29. März fand bei gutem Besuch unsere Bezirksversammlung statt. Als Hauptpunkt standen die Manteltarifverhandlungen auf der Tagesordnung, worüber Gauvorsitzender Prüter berichtete. Waren auch die Resultate schon aus dem „Korr.“ bekannt, so verstand es der Referent doch, durch Einzelheiten den Bericht so interessant zu gestalten, daß reichlich Beifall seine Ausführungen lohnte. In der anschließenden sehr regen Diskussion wurden die Ergebnisse nochmals von allen Seiten beleuchtet und man fand, daß die dringende Aufgabe, die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit, nicht gelöst worden sei. Es wurde daher einstimmig folgende Resolution gefaßt: „Die Versammlung würdigt in vollem Maße die schwierige Arbeit der Verhandlungsvertreter. Sie bedauert aber, daß in der Arbeitszeitsache nichts erreicht worden ist und bringt zum Ausdruck, daß sie im Interesse der Arbeitslosen jedes Opfer gebracht hätte. Sie beantragt, durch den ADGB, dahin zu wirken, daß dem Reichstag eine Gesetzesvorlage zu unterbreiten ist, die die Arbeitszeit von 48 Stunden herabsetzt.“ Im weiteren Verlauf der Versammlung forderte der Vorsitzende der Handwerksparität die noch anwesenden und auswärtigen Kollegen auf, sich der Sparte anzuschließen. — Ein gemeinsames Mittagsmahl beendete die Zusammenkunft.

Kottbus. Unsere Bezirksversammlung am 9. März war von über 200 Kollegen besucht. Die „Typographia“ Kottbus brachte den Kollegen zum Gruß den wichtigen Chor „Trostsalzdem“ Stimmungsvoll zum Vortrag. Die Jahresberichte des Vorsitzenden, des Kassierers und des Lehrstellers wurden ohne große Debatte entgegengenommen. Der Vorstand wurde in der bisherigen Zusammensetzung mit Kollegen Gurt als Vorsitzendem wiedergewählt. Ein Antrag, der besagte, daß Bezirksvorstandsmitglieder nicht Vorstandsmitglieder am Vorort sein dürfen, wurde abgelehnt. Den Hauptpunkt der Tagesordnung bildete das Referat unseres Gauvorsitzenden Reine (Stettin) über die Manteltarifverhandlungen. In mehr als einstündigen Ausführungen zeigte der Referent die außerordentlichen Schwierigkeiten auf, unter denen es überhaupt möglich war, die Verhandlungen zum Abschluß zu bringen. Wenn auch nicht alle Wünsche der Kollegenschaft in Erfüllung gegangen sind, so dürfte doch nicht verkannt werden, daß immerhin ganz wesentliche Verbesserungen im neuen Tarif Aufnahme gefunden haben. Der Referent empfahl der Kollegenschaft in seinem mit Beifall aufgenommenen Schlusswort bei der Urabstimmung die Annahme des neuen Tarifs. In der Diskussion, die rege einsetzte, kam allgemein zum Ausdruck, wenn schon eine Arbeitszeitverkürzung auf 42 Stunden nicht zu erreichen war, dann hätte wenigstens an den Sonntagen eine Kürzung von zwei Stunden das so viel gerühmte Wochengeld bringen müssen. Der „Typographia“ Kottbus wurde auf Antrag aus Anlaß der Anwesenheit der Berliner „Typographia“ am 17. und 18. Mai in Kottbus und in Anbetracht dessen, daß sich der Verein uneigennützig in

den Dienst der Sache stellt, aus Bezirksmitteln ein nennenswerter Betrag bewilligt. Ein Antrag Finsterwalde, daß die Gemahlgerechtenunterstützung aus der Bezirkskasse für diejenigen Kollegen gezahlt wird, die eventuell wegen der Feier am 1. Mai gemahlgerechelt werden, fand Annahme. Als Ort für die Herbstversammlung kommt Finsterwalde in Frage. — Eine Vertrauensmännerkonferenz, die vor der Versammlung tagte, beschäftigte sich mit der Schlußkonferenz in den einzelnen Orten und nahm Kenntnis von der im Handwerksamtbezirk Frankfurt a. d. O. neu eingeführten Lehrlingsordnung für das Buchdruckgewerbe.

Leipzig. Am 6. März berichtete Kollege Hesselebarth in einer überaus stark belebten Gaumitgliederversammlung über die Manteltarifverhandlungen. Er verwies vor allem darauf, daß schon die lange Verhandlungsdauer die diesmaligen Schwierigkeiten für die Gewerkschaften erkennen lasse. Die äußerst gegensätzlichen Anträge der Parteien haben eine freie Vereinbarung nicht ermöglicht, und so sei erst nach tagelangem Verhandeln mit dem Zentralschlichtungsausschuß ein Abschluß zustande gekommen. Die Verkürzung der Arbeitszeit, auf deren Durchsetzung die Gewerkschaften besonderen Wert gelegt hätten, um der großen Arbeitslosigkeit einigermassen entgegenzuwirken, ist dabei nicht erreicht worden. Dennoch seien eine ganze Reihe Bestimmungen zugunsten der Gewerkschaften verbessert worden. Unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Verhältnisse haben sich die Gewerkschaften entschlossen, der Kollegenschaft die Zustimmung zu diesem Tarifabschluß zu empfehlen. Dieser Auffassung habe sich auch der Gauvorsitzende angeschlossen. In der Aussprache mußte der erste Redner der kommunistischen Opposition die Schwierigkeit der gegenwärtigen Lage für die einzelnen Gewerkschaften eingestehen. Trotzdem legte er eine Entschließung vor, die im völligen Widerspruch zu seinen eignen Ausführungen stand und sofortige Aufnahme des Kampfes verlangte. Außerdem enthielt sie eine Reihe politischer Tagesforderungen. Diese Entschließung wurde in der Abstimmung mit übergroßer Mehrheit abgelehnt. In der weiteren Aussprache zeigten sich einige Kollegen für die Annahme des Manteltarifs ein. Folgende Entschließung wurde einstimmig angenommen: „Die gegenwärtige Erwerbslosigkeit fordert die Einsetzung aller Kräfte zur Verkürzung der Arbeitszeit. Da die einzelnen Gewerkschaften allein nicht in der Lage sind, den Kampf um die Verkürzung aufzunehmen, fordern die Leipziger Buchdrucker den ADGB, auf, alle Kräfte auf die Verkürzung der Arbeitszeit zu konzentrieren, um auf diesem Wege den Arbeitslosen die Betriebe wenigstens teilweise zu öffnen.“ Durch die Ablehnung der kommunistischen Entschließung hatte sich die Versammlung dem Beschluß des Gauvorstandes angeschlossen, der Kollegenschaft in der Urabstimmung die Annahme des Manteltarifs zu empfehlen.

Magdeburg. Unsere ausnahmsweise sehr gut besuchte Bezirksversammlung am 7. März ehrte zu Anfang das Andenken eines verstorbenen Kollegen in üblicher Weise, nahm einige gefällige Mitteilungen des Vorsitzenden entgegen und hörte dann den Bericht unseres Gauvorsitzenden König (Halle) über die Tarifverhandlungen. Der Referent verstand es meisterhaft, den Gang der Verhandlungen zu schildern. Nachdem er die einzelnen Anträge unserer wirtschaftlichen Gegner behandelt und gezeigt hatte, welche Errungennisse es bedeute, diese Verschlechterungsanträge durch aufs Belämpfung abgewiesen zu haben, ging er zu den Protokollerklärungen über, welche teils einseitige Prinzipale oder Gewerkschaften oder auch gemeinsame Wünsche darstellten. Am Schluß seiner Ausführungen sprach Redner den Wunsch aus, daß auch unsere Mitglieder nach reiflicher Abwägung des Erreichten mit dem Geforderten der abgeschlossenen Vereinbarung zustimmen und bei der Urabstimmung mit Ja antworten möchten. Bewegung schon während der Tarifverhandlungen arger Mismut die Kollegen unseres Ortsvereins, so kam bei der nacheinander einsetzenden Diskussion eine Empörung zum Ausdruck, wie sie noch selten unsern Versammlungen eigen war. Die Ausführungen sämtlicher Redner klangen aus in der Aufforderung an die Versammelten, die Vereinbarung bei der Urabstimmung am 17. März abzulehnen. In seinem Schlusswort stellte Kollege König einige Entgegnungen richtig, vermochte jedoch nicht die immer wiederkehrende Erregung zu messern.

Mühlhausen i. Thür. Unsere Bezirksversammlung am 9. März wurde durch ein Lied der „Typographia“ eingeleitet. Nach kurzen Begrüßungsworten durch den Vorsitzenden gedachte dieser ehrend der Toten, die im abgelaufenen Jahr von uns geschieden sind. Nähere Erläuterungen zum gedruckten Kassenbericht wurden nicht gewünscht. Die Entlastung des Kassierers wurde einstimmig ausgesprochen. Auf Vorschlag des Bezirksvorstandes wurde der gesamte Vorstand wiedergewählt. Den Bericht von den Tarifberatungen gab der Vorsitzende, der in leicht verständlicher Weise den Kollegen die Schwierigkeiten, mit den diesmaligen Verhandlungen verknüpft waren, vor Augen führte. Wenn auch der Gewinn kein großer sei, so müsse man doch die geleistete Arbeit unserer Vertreter, die hauptsächlich in der Abwehr der Verschlechterungsanträge der Prinzipale bestand, anerkennen. Um den wirtschaftlichen Frieden des Gewerbes nicht zu gefährden, und die Kraft des Verbandes nicht unnütz zu verbrauchen, erlaube er die Kollegen, bei der Urabstimmung reslos mit „Ja“ zu stimmen. Die einzelnen Debatteur traten ebenfalls für Annahme des Tarifs ein. Die nächste Bezirksversammlung soll in Schlotheim stattfinden.

München. In unsern gut besuchten Bezirksversammlung am 9. März, an der auch Vertreter aller Bezirksvereine Bayerns teilnahmen, gab Kollege Döhling in mehr als zweistündigen Ausführungen einen Bericht über die Verhandlungen zum Abschluß eines neuen Manteltarifs. Der Redner gab den Versammelten ein Bild von der Schwierigkeit der diesmaligen Verhandlungen und dem reaktionären Gebaren der Vertreter der Prinzipale an Hand der gestellten Anträge, deren unsozialer Geist sich erst während der Verhandlungen im rechten Lichte zeigte. Mit Heiterkeit nahm die Kollegenschaft so manche, von den Doktoren und Syndici gebrauchte Äußerung über einzelne Berufssparten im Gewerbe und deren Tätigkeit auf. Der Berichterstatter schloß mit dem Bemerkten, daß die

Schiffenvertreter alles versucht hätten, im Manteltarif weitgehende Verbesserungen zu erreichen; wenn ihnen das infolge der zu fast allen Paragrafen von den Prinzipalpalen gestellten tiefgreifenden Verschlechterungen nicht gelang und es nur möglich war, diese Verschlechterungen alle abzuwehren und doch noch einige Verbesserungen durchzusetzen, so waren sie sich klar, daß selbst bei Einführung aller gewerkschaftlichen Maßnahmen bei der gegenwärtigen Wirtschaftslage ein anderes Ergebnis nicht erzielt werden könnte. Er bat deshalb um Annahme bei der Arbeitskommission. In der Aussprache erklärten sich zwei Redner der oppositionellen Gewerkschaftsfraktion mit dem Erreichten und dem Verhalten der Schiffenvertreter und der Verbandsleitung nicht einverstanden, während ein Vertreter der Bezirksorte und ein Münchner Kollege für Annahme der Vereinbarungen eintraten, wenn auch sie erklären mußten, daß das Ergebnis der Schiffenfraktion nicht restlos befriedigen könne. Zwei eingereichte Entschlüsse, eine drückte dem Verbandsvorstand das Mißtrauen aus und verlangte Absehung, die andere (von mehreren Bezirksvertretern unterzeichnet) ersuchte um Annahme bei der Arbeitskommission und erkannte die Tätigkeit der Schiffenvertreter an, wurden abgelehnt, weil bei der Arbeitskommission jedem Kollegen Gelegenheit gegeben ist, sein Für und Gegen zum Ausdruck zu bringen. Der Buchdrucker-Verbandsrat hatte die Besammlung mit dem Chor von Sängern: „Erwachen der Geister“, eingeleitet. — In der Versammlung am 20. Februar wurde nach der üblichen Eröffnung dreier verstorbenen Kollegen vom Kollegen Haude ein Vortrag gehalten über: „Kampfen der Arbeitslosigkeit und wirksame Maßnahmen zur Beseitigung“. Der Redner betonte, daß die Arbeitslosigkeit zwar eine internationale Erscheinung sei, hervorgerufen durch das herrschende kapitalistische System und durch die Rationalisierung, die Umstellung des Arbeitsprozesses, die Verringerung des Verbrauchs der Massen, daß aber nicht gegen sie mit dem Schlagwort der Demotaktisierung der Massen, nicht mit der Haltung des ADGB, und dem Schlichtungswesen angeknüpft werden könne, sondern nur durch radikalere Mittel: Kampf um die Mehrzahl der Arbeiter, Sechs- oder Sieben-Stundentag, Abschaffung des Schlichtungswesens usw. In der Aussprache gingen zwei Kollegen in gewissem Sinne mit dem Vortragenden einig, konnten aber auch kein Mittel angeben, mit dem die herrschende Arbeitslosigkeit rasch und wirksam bekämpft werden könnte, während zwei andere Kollegen bemerkten, daß mit der Taktik der Anhänger der kommunikativen Methoden erst recht nichts erreicht werde, sondern eher noch mit dem geschlossenen Zusammenwirken der Arbeiterkraft unter Verfolgung vernünftiger Ziele.

Neumünster. Trotz der auf eine so kurze Zeitspanne einberufenen Bezirksversammlung am 9. März hatte sich eine zahlreiche Kollegenschaft eingefunden, die mit Spannung und Erfolgshoffnung dem Referat des Kollegen Schöen (Kiel) über die Tarifverhandlungen lauschte. Gleich zu Beginn wies er darauf hin, daß sich die Kollegenschaft seiner Illusion hingeben möge, da trotz vierzehntägiger Verhandlungen keine Einigung in irgendeinem Punkte zu erzielen war; obwohl während dieser Zeit Kommunalen und Kommunalen zum Zwecke einer besseren Verständigung gebildet wurden. Eine dritte wichtige Aufgabe die anwesenden Kollegen. Wenn man sich nicht noch, um überhaupt zu einem Ergebnis zu kommen, zum Zentral-schiedsamt als Schlichtungskammer griff, so ließ dies die Schwierigkeiten der Verhandlung unserer Vertreter mit den Prinzipalpalen ohne weiteres erkennen. Was den Kollegen aber die größte Enttäuschung brachte, war die Beibehaltung der bisherigen Arbeitszeitdauer trotz der erscheinenden Arbeitslosigkeit auch im Buchdruckgewerbe. Einmütig ging deshalb die Ansicht der Kollegen dahin, uns mit derart tölpeligen Verhandlungen in Zukunft zu verlohnen.

Münsterberg. In unserer Versammlung am 12. März sprach Vorsitzender Hans Grösch zum Abschluß unseres neuen Manteltarifs. Er schilderte in fast zwelftündigen Ausführungen den wochenlangen harten Kampf unserer Unterhändler gegen die prinzipalsseitigen Vertreter. Aufmerksamkeit hörten die versammelten Kollegen den Ausführungen des Referenten zu. Die Tätigkeit unserer Unterhändler bei den Verhandlungen sowie am Zentral-schiedsamt wurde dadurch gewürdigt, daß die sehr gut besuchte Versammlung eine Diskussion nicht wünschte. In seinem Schlusswort erwähnte der Vorsitzende die Kollegenschaft, bei der Arbeitskommission reißt das Für und Wider an prüfen und sich geschlossen hinter unsere Organisationsvertreter zu stellen.

Solingen-Wald. In unserer letzten Versammlung wurde zunächst nach Erstattung des Referatsberichts dem Kolleger Entlastung erteilt. Sodann gab Vorsitzender Bartels einen Bericht von der Bezirksvorsteherkonferenz, worin besonders hervorgehoben wurde, daß den ausgesprochenen hiesigen Kollegen die Unterstützung bis 1. April 1930 weiter gezahlt wird, daß aber für die alten bewährten Solinger Kollegen unter der besonderen Berücksichtigung der hier vorliegenden Verhältnisse der Verband auch weiterhin sein möglichstes tun müsse. Unter Zustimmung der Versammlung ersuchte der Vorsitzende wie schon in der Elberfelder Bezirksversammlung Protest gegen den Beschluß der Konferenz, den nächsten Freitag vor dem Verbandsrat stattfinden zu lassen. Die Bezirksvorsteher hätten kein Recht, Beschlüsse des Gaus zu umwerfen. Sodann gab der Vorsitzende an Hand des im „Korr.“ veröffentlichten Beschlusses eine eingehende Gegenüberstellung des alten und des neu einzuführenden Manteltarifs, die Verbesserungen und Verschlechterungen herausarbeitend. Er betonte, daß wohl selten die Kollegenschaft den Verhandlungen mit solchem Optimismus gefolgt sei. Die Anträge der Prinzipalpalen hätten bewiesen, wozu der Weg führen würde, wenn wir nicht eine starke Organisation hätten. In Anbetracht der außerordentlich großen Arbeitslosigkeit, der ganzen wirtschaftlichen Lage empfahl der Vorsitzende den Versammelten, bei der Arbeitskommission mit „Ja“ zu stimmen, weil in der jetzigen Zeit es uns nicht möglich sein würde, auf irgendeinem Wege etwas Besseres für die Kollegenschaft zu erreichen.

Stuttgart. Eine mit 51 Kollegen besetzte Ortsvertreterkonferenz aus allen Teilen des Gaues nahm am 9. März Stellung zu dem Tarifabschluß. Kollege

Schröter gab in zwelftündigen Ausführungen Aufschluß über alle Höhen und Schwierigkeiten bei den dreiwöchigen Verhandlungen. Sein Urteil ging dahin, daß der Verhandlungsapparat viel zu groß sei, um rasch zum Ziel zu kommen. Am Schluß seiner Ausführungen empfahl er Annahme des Tarifs bei der Arbeitskommission. Nachdem sich die Kollegen Schöen (Kiel), Richter (Forstheim), Wagner, Fischer, Kohler, Kasper, Pfänder, Gullert, Heinrich (Heilbronn), Bösch (Tübingen), Schütz (Ebingen), Schmid (Heidenheim) und unser wiedergewählter Vorsitzender Klein wiederholt an der Aussprache beteiligt hatten, wobei das Für und Wider beiderseits Ausdruck erzielte, fand folgende Entschlüsse einstimmig Annahme: „Die am 9. März von 61 Ortsvertretern besetzte Landeskonferenz des Gaues Württemberg anlässlich des Tarifabschlusses bedauert, daß keine Verrückung der Arbeitszeit erreicht werden konnte. Würdigung findet, daß trotz wirtschaftlicher Hemmungen kleine Verbesserungen unseres Tarifs erreicht und arbeitgeberseitig beantragte schwerwiegende Verschlechterungsanträge abgewiesen wurden. Die Konferenz empfiehlt Annahme der durch Schiedspruch zustande gekommenen Tarifabschlüsse bei kommender Arbeitskommission.“ Nach dem kurzen Punkt „Bericht des Referats“, den der Kollege Klein, Wölmmeier (Obernberg) und Eichholz (Aalen) bestritten, schloß Kollege Klein die folgend verlaufene Tagung mit Dankesworten an unsere Unterhändler für deren mühselige aufopfernde Tätigkeit. — Einige Stunden kollegialen Beisammenseins folgten, ehe die auswärtigen Teilnehmer ihrer Heimat zukehrten. — Am 11. März nahm der Ortsverein Stuttgart in einer sehr gut besetzten Versammlung zu den Ergebnissen der Tarifberatung Stellung. Der Kollegenverein ließ es sich nicht nehmen, die beiden wiedergewählten Gauvorstandsmitglieder Klein und Keller durch den Mannheimer Chor „Sturm“ zu begrüßen. Unter „Beisammensein“ ehten der Vorsitzende Klein das Andenken von neun verstorbenen Kollegen. Zum Tag des Buches forderte er die Kollegen auf, reißlos der Widrigkeit Gutenbergs beizutreten, um deren kulturelle Bestrebungen zu unterstützen. Der Neubau des Gewerkschaftshauses erfordert 10.000 M. Darlehen aus der Mitgliedschaftskasse. Dieser Antrag wurde ohne Widerspruch genehmigt. Kollege Egenberger berichtete über die Vortragsermäßigung der Allgemeinen Ortsdiensttasse und über Leistungserhöhung, ebenso über den Stand der Neubaufrage des Verwaltungsgeländes. Zum zweiten Punkt, „Bericht über die Tarifberatungen“, sprach Kollege Schröter. Am Schluß seiner Ausführungen empfahl er nach Abwägen aller Schwächen und Stärken des Erreichten die Annahme des Tarifs. Der erste Debatteredner sprach sich gegen die Annahme aus. Ein weiterer gab seinen Bedenken dahin Ausdruck, daß trotz des mageren Ergebnisses, neue Verhandlungen bei Absehung kaum günstiger Ergebnisse bringen würden. Er empfahl reichliche Überlegung vor einer eventuellen Ablehnung. Nachdem der „Mittegele“ bei der Stuttgarter Handwerkskammer, ein Kollege, über bedenkliche Bestrebungen dieser Kammer beim Abschluß von Beiratsberäten: Aufklärung, gegeben, und Kollege Klein zur Arbeitszeitverkürzung und Arbeitslosenfrage gesprochen hatte, kam Kollege Schröter zum Schlußwort, dessen Inhalt wiederum Annahme bei der Arbeitskommission empfahl. Nach dem Dank für den zahlreichen Besuch, wobei man die angenehme Beobachtung machen konnte, daß sehr viele jüngere Kollegen anwesend waren, schloß der Vorsitzende die sachlich und in kollegialen Geiste verlaufene Versammlung mit der Aufforderung gleich guten Besuchs der folgenden.

Zwickau. Am 9. März fand hier unsere Bezirksversammlung vor vollbesetztem Hause statt. Die Kollegen waren in stattlicher Anzahl aus allen Orten des Bezirks erschienen, galt es doch, den Bericht über die Tarifverhandlungen vom Gauvorsteher Dietrich entgegenzunehmen. Die „Typographia“ Zwickau lang zur Begrüßung einen gut vorgetragenen Männerchor. Nach kurzen Begrüßungsworten des Kollegen Bauer, den guten Besammlungsbesuch hervorhebend, begann Kollege Dietrich mit seinen interessanten Ausführungen über die Tarifverhandlungen. Der Referent schilderte in eingehender Weise die Schwierigkeiten, die zu beseitigen waren, ließ aber auch unsere Anträge und die minimalen Erfolge Revue passieren. Er ersuchte, angesichts der trostlosen Wirtschaftslage dem Tarif seine Zustimmung zu geben. In der Aussprache, die eine recht ergebnisse war, brachten die verschiedenen Redner aus vielen Bezirksorten ihre Beschwerden und Bedenken zum Ausdruck. Die Nichtbeachtung aller gesetzlichen Feiertage sowie die Abkürzungen für Kurzarbeiter während der Ferien, ferner die Außerachtlassung der Arbeitslosenfrage mit ihren Begleitererscheinungen, lösten Unwillen aus. Der Bezirks- sowie der Gauvorsteher ersuchten nach Prüfung des Ergebnisses nochmals um Zustimmung und Annahme des Tarifs. Der alte Bezirksvorstand wurde wiedergewählt. Den einzelnen Ortsvereinen wurde anheim gegeben, die Wahlen zum Schiedsamt vorzubereiten. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten fand die rege verlaufene Versammlung ihren Abschluß. Wollen wir hoffen, daß das Interesse immer so rege bleibt wie gerade gegenüber den letzten Tarifabschlüssen.

Allgemeine Rundschau

Adolf Bogner. Kurz vor Abschluß dieser Nummer ging uns aus Leipzig die telefonische Nachricht zu, daß Kollege Bogner am Donnerstagmorgen im 81. Lebensjahre einem Herzschlage erlegen ist. Eine ausführliche Würdigung der Lebensarbeit des Entschlafenen kann erst in nächster Nummer erfolgen.

Nachahmenswertes Beispiel. Anlässlich des Jahresabschlusses erfreute auch in diesem Jahre die „Reis-angeiger“ Verlagsges. m. b. H. in Gardelegen die Person durch Geldspenden in Höhe von 70 M. für Gehilfen und 15 M. für Lehrlinge.

Aktion Beiratsleiter. Führerausweise zur Erlangung von Fahrpreisermäßigung für Jugendgruppen werden in Zukunft nicht mehr von einer Behörde ausgestellt, sondern von den Vereinen selbst. Dieses neue Verfahren soll mit dem 1. April d. J. in Kraft treten. Untern 13. März teilte die Reichsbahnverwaltung dem Reichsausschuß der deut-

lichen Jugendverbände hierzu folgendes mit: „Die neuen Führerausweise sind hergestellt, so daß vom 1. April 1930 an der Ausweis nicht mehr von der Anerkennungsbehörde (Regierungspräsidenten usw.), sondern von dem Vereinsleiter selbst auszustellen und von der Gemeinde-(Ortspolizei-)behörde oder dem Jugendamt zu beglaubigen ist. Die neuen Führerausweise werden von der Eisenbahnverwaltung an die Jugendpflegervereine gegen Vorzeigung der Bezeichnung über die behördliche Anerkennung und Entlastung des Herstellungspreises unmittelbar abgegeben. Die bisherigen, von der Anerkennungsbehörde ausgeteilten Führerausweise behalten bis auf weiteres noch Gültigkeit.“ Ausdrücklich sei hier bemerkt, daß diese Neuerung nichts daran ändert, daß sich jede Jugendgruppe bzw. Beiratsabteilung die behördliche Anerkennung als jugendpflegerische Organisation beschaffen muß, bevor sie die Fahrpreisermäßigung in Anspruch nehmen kann. Der ADGB, und damit auch die ihm angeschlossenen Gewerkschaften mit ihren Jugendabteilungen ist bekanntlich dem Reichsausschuß der deutschen Jugendverbände korporativ angeschlossen.

Zur Jugendlage im graphischen Gewerbe. Nach dem vom Statistischen Reichsamt veröffentlichten Ergebnis der vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund aufgenommenen Statistik über den Arbeitslosenstand Ende Februar (herausgegeben am 17. März 1930) ergab sich für das graphische Gewerbe folgendes Bild:

Verbände und Berufsgruppen	Arbeitslosen am Ende des Monats		Kurzarbeiter am Ende des Monats	
	Febr. 1929	Febr. 1930	Febr. 1929	Febr. 1930
Buchdrucker	6,2	13,0	0,2	1,5
Lithographen u. Steinbrucker	8,0	14,8	3,1	0,8
Graph. Hilfsarbeiter	6,7	13,0	0,7	5,5
Buchbinder	10,5	18,4	16,3	24,8

Die Durchschnittsziffern sämtlicher freien Gewerkschaften an Arbeitslosen und Kurzarbeitern betrafen sich Ende Februar 1930 auf 23,7 Proz. bzw. 12,5 Proz. (gegen 22,3 bzw. 8,5 Proz. Ende Februar 1929).

Wer ist Gauvorsteher? Diese Frage wird in der Märznummer der „Mitteilungen der Zentralkommission der Handwerker Deutschlands“ aufgeworfen und im Anschluß daran folgendes gesagt: „In Versammlungsberichten und Druckfachen werden die Vorsitzenden unserer Gauvereinigungen sehr häufig als Gauvorsteher oder Gauvorsitzender bezeichnet. Wir möchten darauf aufmerksam machen, daß diese Bezeichnung nur gegenüber den Vorsitzenden der Gesamtorganisation in den Gauen üblich ist, und bitten, um Mißverständnisse oder etwaigen Einprüfungen vorzubeugen, von dieser Bezeichnung Abstand zu nehmen. Begrüßen wir uns mit der wenn auch etwas beschäbeneren Bezeichnung: Vorsitzender der Handwerkervereinigung im Gau Soudho. Das dürfte auch genügen.“ Was hier von der Zentralkommission der Handwerker zur Verminderung von Zweifeln und Verwirrungen empfohlen wird, das sollte auch in anderen „Sparten“ angelehrt werden, wo fälschlicherweise auch häufig von Gauvorstehern und Gauvorsitzenden sowie von Gauptagen- und -Gaulassen die Rede ist, während Institutionen der Gauvereinigungen damit gemeint sind.

Reisehandbuch für Buchdrucker. In Berücksichtigung verschiedener Anfragen wanderlustiger Kollegen über allerlei Angelegenheiten, die mit dem Reisen nach alter Buchdruckerart im In- und Ausland in engem Zusammenhang stehen, sei wieder einmal auf das in jeder Beziehung empfehlenswerte Reisehandbuch für Buchdrucker hingewiesen. Seit seiner erstmaligen Herausgabe durch die beiden Leipziger Kollegen Konrad Eichler und Max Schmitt im Jahre 1892 fand verschiedene Neubearbeitungen des Reisehandbuchs erschienen. Mehrere Jahre war es dann völlig vergriffen, bis sich die Kollegen Robert Glaser und Otto Höhne (beide Mitglieder des Verbandsvorstandes) Anfang 1929 zu einer gründlichen Neubearbeitung nach dem Vorbild des „Baderer“ entschloßen. Alles, was ein reisender Buchdrucker wissen muß, ist in dem Reisehandbuch enthalten, und zwar in einer Form, wie man sie in allgemeinen Reiseführern nicht findet. In erster Linie sei hier auf die überausliche Zusammenstellung sämtlicher Reisekosten und -Zahlstellen in Deutschland und Österreich verwiesen sowie auf die mannigfachen Hinweise im Text auf sehenswerte Sammlungen in Museen und Schloßern. Außerdem sind knappe Fingerzeige auf wichtige Industriestellen und auf die geologische Beschaffenheit durchwandelter Gebiete gegeben, das Interesse des Wandernden zu erhöhen. Die Aufnahme der Reisekosten durch Österreich hatten die Bearbeiter einem Wiener Kollegen zu verdanken, und die im Anfang enthaltenen Hinweise auf das buchdruckerische Wandern in den übrigen europäischen Ländern stammen zumeist von den Vorständen der betreffenden Buchdruckerverbände. Ein genaues Ortsverzeichnis, das dem Reisehandbuch am Schluß angefügt ist, erleichtert dessen Benutzung, und eine gute Karte von Deutschland ermöglicht eine allgemeine Orientierung. Für eine entsprechende topographische Ausstattung des Reisehandbuchs hat der Bildungsverband der Deutschen Buchdrucker in Berlin SW 61, Dreißendstraße 5, Sorge getragen, in dessen Verlag das 20 Bogen starke umfassende Buch erschien. Zum Preise von 3 M. kann es von dort oder auch von unsern Verbandsfunktionären (Reisefassungsverwaltern usw.) bezogen werden.

Weitere Zusammenschlüsse im Schriftgießergewerbe. Wie aus der Tagespresse zu ersehen war, haben die Schriftgießerei D. Stempel AG. in Frankfurt a. M., die Baurische Schriftgießerei in Frankfurt a. M., und die S. Wertheim Messinglinienfabrik und Schriftgießerei AG. in Berlin mit der Gensh & Henje Schriftgießerei AG. in Hamburg-Münchendorf eine Interessengemeinschaft abgeschlossen. In der Fortführung und Leitung der Hamburg-Münchendorfer Firma tritt keinerlei Veränderung ein. Wie ergänzend dazu verstanden, haben die beiden Frankfurter Unternehmen und die Berliner Gesellschaft das Kapital der Gensh & Henje AG. von 1,05 Millionen Mark zu gleichen Teilen übernommen. Eine Wagerung der Arbeitsgebiete soll nicht erfolgen, vielmehr bezweckt die Interessengemeinschaft eine Rationalisierung bezüglich des Betriebs und der Einschränkung von Schrifttypen, Lettern usw.

